Bürokratie des Bösen

Niemand muss Ausländerbehörde sein!

eine Broschüre der Antifaschistischen Linken International A.L.I.

Ideomeni am 29.2.2016: People on the Move versuchen ihre Weiterreise über die Grenze nach Mazedonien zu erzwingen, kurze Zeit vor dem EU-Türkei-Deal

Antifaschistische Linke International A.L.I.
organisiert in der Interventionistischen Linken iL
c/o Buchladen Rote Straße
Nikolaikirchhof 7
37073 Göttingen

www.inventati.org/ali
ali@inventati.org

Juni 2021

Eigentumsvorbehalt: Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der Absenderin, bis sie dem / der Gefangenen persönlich augehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Exemplare sind unter Angabe des Grundes der Nicht-Aushändigung an die Absenderin zurückzusenden!

Idomeni 27.2.2016

Idomeni 1.3.2016

ali

was steht wo?!

Nazis morden, der Staat schiebt ab

Seite 6

Historische Spurensuche

Seite 10

Der rassistische Apparat

Seite 16

Bürokratie oder die Banalität des Bösen in der Ausländerbehörde

Seite 20

Widerstand und Repression

Seite 22

Globale Kontrolle von Bewegungsfreiheit

Seite 25

Antirassistische Solidarität muss antifaschistische Praxis werden

Seite 28

Kein Vergeben, kein Vergessen: rechte Gesinnungsmörder stoppen und Rassismus bekämpfen

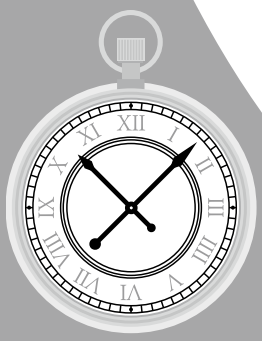
Seite 40

Einführung in den Zeitstrahl

Wir haben uns auf eine Spurensuche begeben und versucht, die Geschichte und Funktion von Abschiebungen nachzuvollziehen und zu verstehen. Abschiebungen und frühere Formen dessen, wie Vertreibung und Verschleppung, haben in Deutschland eine lange Vergangenheit und Tradition. Diese Geschichte und die damit verbundenen Gesetze und Ideen wirken in der BRD bis heute. Sie sind eng mit Antiziganismus und Antisemitismus verbunden.

In der am unteren Rand durchlaufenden Zeitleiste haben wir einige Eckpunkte und Gesetze zusammengestellt, die wir für wichtige Meilensteine in der Entwicklung von Grenzen, Nationalstaaten und damit einhergehenden Abschiebungen halten.

Auf den Seiten 12 bis 15 führen wir einige Punkte, die uns bei unserer Spurensuche ins Auge gefallen sind, noch mal genauer aus. Hören könnt ihr diesen Zeitstrahl auch in der Folge 5 von Alerta – dem antifaschistischen Radio. https://www.inventati.org/ali/index.php/76-ticker/2064-alerta-das-antifaschistische-radio-aus-goettingen.html?tmpl=component&print=1



Weil Herrschaft auch aus Wörtern spricht: Wörter von Ally bis Zi.

Sprache als rassismuskritisches und feministisches Handwerkszeug

Worte sind nicht einfach nur Worte. Sie reproduzieren Machtverhältnisse; sie können verletzen und Menschen abwerten. Sie helfen aber auch dabei, die derzeitigen Verhältnisse beim Namen zu nennen; sie können uns verbinden und wir können uns durch sie als Allies (Verbündete) solidarisch zeigen – sie können also kleine Stellschrauben auf dem Weg in eine andere Gesellschaft sein.
Wir haben uns bemüht, in dieser Broschüre sensibel mit Sprache umzugehen, z.B. bestimmte Begriffe zu nutzen oder eben auch nicht. Das ist für uns Teil rassismuskritischer und feministischer Praxis. Menschen in Gruppen einzuteilen und ihnen Namen zu geben ist Teil *weißer* Dominanz. Wir wollen daher versuchen, Selbstbezeichnungen von Menschen zu nutzen, statt ihnen Fremdbezeichnungen überzustülpen. Dass Begriffe und Selbstbezeichnungen nie von allen gleich gewählt werden, ist uns dabei bewusst. Begriffe haben eine Geschichte und sind nicht einfach von dieser loszulösen. Sie sind die Produkte von Diskussionen und Aushandlungen, die wir an dieser Stelle selbstverständlich nicht allumfassend wiedergeben können. An verschiedenen Stellen dieser Broschüre wollen wir einige Begriffe und unsere Gründe, sie (nicht) zu benutzen, erläutern. Alle Begriffe, zu denen es in der Broschüre Erläuterungen gibt, sind markiert.

Gendern

Geschlecht wird von der Gesellschaft gemacht. Es gibt viel mehr als nur zwei Geschlechter. Durch den _ meinen wir alle Geschlechter, wollen auf sie aufmerksam machen und alle Menschen ansprechen. Z.B. schreiben wir anstatt Sinti und Roma, was jeweils nur die „männlichen“ Pluralformen bezeichnet, Rom_nja und Sinti_zze. So ist deutlich, dass wir alle Geschlechter meinen. In dieser Schreibweise finden sich sowohl die „männlichen“ Pluralformen Roma oder Sinti, die „weiblichen“ Formen Sintezze oder Sintizze und Romnja, als auch alle anderen Geschlechter durch die Markierung „_“.
An einigen Stellen beschäftigen wir uns in dieser Broschüre mit dem historischen Faschismus und mit aktuellen Neonazis. Da diese in ihrem Weltbild und ihrer Identität eine Geschlechtervielfalt jenseits von Mann und Frau ablehnen und aktiv bekämpfen, nutzen wir in ihrem Fall den _ nicht, sondern gendern mit dem sogenannten binnen-I, also zum Beispiel „FaschistInnen“.

Migrantische und migrantisierte Menschen

Wenn wir ganz allgemein Menschen benennen wollen, die in Deutschland von Rassismus betroffen sind, sprechen wir von migrantisierten Menschen. Gerade im deutschen Kontext halten wir den Begriff für passend, da Rassismus hier stark über die Zuschreibung des „migrantisch-Seins“ und damit angebliches „nicht-deutsch-Seins“ funktioniert. Die Zuschreibungen des „Migrantisch-Seins“ bedeutet nicht notwendigerweise, dass Menschen tatsächlich „Migrant_innen“ sind; also Personen, die nicht in dem Land leben, in dem sie geboren wurden. Im Gegenteil ist es in rassistischen Debatten in Deutschland oft eine Strategie, Menschen als Migrant_innen zu bezeichnen und dadurch als „nicht-deutsch“ zu markieren. Damit wird versucht, Ausschlüsse aus der *weißen* Dominanzgesellschaft zu legitimieren. Um diesen rassistischen Zuschreibungsprozess des migrantisch-Machens in den Vordergrund zu stellen, sprechen wir von „migrantisiert“ anstatt von „migrantisch“.
Dennoch wird „migrantisch“ oder „Migrant_in“ auch als Selbstbezeichnungen genutzt. Manchmal wird es synonym genutzt zu dem, was wir in dieser Broschüre als „migrantisiert“ bezeichnen, also um eine gemeinsame Rassismuserfahrung und bestimmte Position in der Gesellschaft deutlich zu machen. Manchmal meint „migrantisch“ aber die tatsächliche eigene Migrationserfahrung. Da wir nicht aus eigener Erfahrung sonder über Menschen sprechen, wählen wir den Begriff migrantisiert, wenn wir die Rassismuserfahrung meinen, und sprechen von migrantisch, wenn es uns konkret um Menschen mit eigener Migrationserfahrung geht.

12. Jahrhundert: Der sogenannte „Stadtverweis“ entsteht als Bestrafung für Diebstahl. Vor allem arme Menschen werden durch ihn aus den Städten ausgeschlossen. Woher sie kommen, wird als irrelevant angesehen. **1424:** Sinti_zze und Rom_nja erhalten in Hildesheim keine Aufenthaltsrecht und müssen außerhalb der Stadtmauer in

Rechte Gesinnungsmörder

Mit dieser Bezeichnung meinen wir einen neuen Typus von rechten Mördern und von rechten Mord-Taten. Diesen „neuen“ Typ grenzen wir von expliziten Neonazi-TäterInnen ab. Zu expliziten Neonazi-TäterInnen zählen für uns MörderInnen wie Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhard vom sogenannten NSU, Gundolf Köhler, der das Oktoberfest verübte und Stephan Ernst, der 2019 Walter Lübcke in Kassel ermordete. Sie alle waren im Gegensatz zu den Tätern, die wir als rechte Gesinnungsmörder fassen, in expliziten Neonazi-Strukturen organisiert. Ihre Namen nennen wir, weil sie im Verborgenen agieren wollen. Wir folgen den Forderungen der Initiativen 9. Oktober Halle und 19. Februar Hanau, die Namen der Täter nicht zu nennen, da diese nach größtmöglicher Öffentlichkeit streben. Zu rechten Gesinnungsmördern gehören für uns hingegen der Mörder auf der norwegischen Insel Utøya, der Mörder der exakt fünf Jahre später in München tötete, der Mörder von Christchurch sowie die Mörder von Halle und Hanau. Alle diese Mörder waren keine Einzeltäter, auch wenn sie ihre Taten am Ende alleine ausführten. Sie stehen in einem Netz der gegenseitigen Bezugnahme aufeinander, teilen eine rechte Ideologie, die ihr Tatmotiv bereitstellt und finden ein Publikum in einer menschenverachtend ideologisierten Szene, mit der sie teilweise digital vernetzt sind. Die rechte Gesinnung als Motiv, die Öffentlichkeit und die Art der Tat als Fanal verbindet diese Mörder.
Einen ausführlicheren Texte über rechte Gesinnungsmörder findet ihr auf unserer Homepage und im Antifaschistischen Infoblatt Nr. 131.

People on the Move demonstrieren im Lager Softex bei Thessaloniki im Sommer 2016 für ihr Recht auf Bewegungsfreiheit

Zelten leben. **1498:** Auf dem „Reichstag zu Freiburg“ werden Sinti_zze und Rom_nja zu „Vogelfreien“ erklärt. Sie werden geächtet und vertrieben. **1530:** Die Reichspolizeiordnung des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ verbietet sogenannten „Fremden“ das Betteln. „Fremd“ war damals bereits eine Person aus einer anderen

Nazis morden, der Staat schiebt ab

Wir haben uns 2020 auf den Weg gemacht, unsere antifaschistische Perspektive auf antirassistische Kämpfe in der BRD und weltweit (erneut) zu reflektieren. Das erachten wir vor dem Hintergrund der aktuellen, zunehmend offen rassistisch erstarkenden Lage, als notwendig. Im Zuge unserer Auseinandersetzung haben wir über bestehende Kämpfe nachgedacht, an denen wir als Gruppe oder als Einzelpersonen seit Jahren beteiligt sind. Um unsere Praxen und Ansätze weiter zu entwickeln haben wir außerdem Gespräche, Diskussionen und bestehende Zusammenarbeit mit migrantisierten Genoss_innen Revue passieren lassen. Dabei sind Gedanken zu einer antifaschistischen Perspektive auf antirassistische Politiken entstanden, die wir auf den kommenden Seiten mit euch teilen wollen.

Wenn wir auf die aktuelle politische Situation schauen, kann uns angesichts der Bedrohungslage durch Staat, Neonazis und die Festung Europa auf der einen Seite Angst und Bange werden. Auf der anderen Seite sehen wir viele Kämpfe, die sich formieren. Es ist nicht die Zeit dafür, den Kopf in den Sand zu stecken. Es ist an der Zeit, wirkungsvolle Praxen gegen Rassismus, Staat und Neonazis zu entwickeln. In dieser Broschüre beschäftigen wir uns damit, weshalb antirassistische Kämpfe gerade aus einer historischen Perspektive als zentrales aktuelles antifaschistisches Politikfeld gesehen werden sollten. Wir begeben uns im Verlauf u.a. auf eine historische Spurensuche nach der rassistischen Abschiebepraxis in der BRD. Unsere antifaschistische Perspektive eröffnet uns die Möglichkeit unsere Gesellschaft und die staatlichen Strukturen nicht nur als aktuell schlimme Entwicklungen zu verstehen, sondern auf all das eben auch mit einem historischen Blick zu schauen. Dadurch wird es möglich, Kontinuitäten und Entwicklungen zu sehen und auch aus der Geschichte zu lernen. Den Kämpfen gegen Staat und Neonazis wollen wir also eine antifaschistische Tiefendimension hinzufügen: einen Blick auf den historischen Faschismus, die Rolle von Bürokratie in der systematischen Vernichtung von Menschen und die geschichtliche Entwicklung von Abschiebung und Vertreibung zeigen, welchen Geistes Kind der deutsche Staat mit seinen Migrationsgesetzen und mit seinen entsprechenden Institutionen heute noch immer ist. Wir sagen gerade auch als Antifaschist_innen müssen wir uns damit auseinandersetzen.

Mordende Neonazis sind zwar der brutalste und sichtbarste Teil von Rassismus in der deutschen Gesellschaft, aber nicht das einzige Problem. Das geben uns migrantisierte Genoss_innen, wie das BIPoC-Kollektiv (Kollektiv von Schwarzen, Indigenous und People of Colour) in Göttingen aber auch andere Einzelpersonen und Schwarze Genoss_innen/ Genoss_innen of Color seit Jahren in gemeinsamen Diskussionen zu verstehen. Der alltägliche Rassismus und der staatliche, institutionalisierte Rassismus sind besonders Teil der täglichen Ausgrenzung und Diskriminierung. Relevant für ein Klima der Ausgrenzung sind nicht nur gefährliche Neonazinetzwerke inklusive Teilen des Verfassungsschutzes, sondern auch der tief verankerte Rassismus im deutschen Staatsapparat. Für uns als Antifa heißt das, dass wir nicht erst aktiv werden müssen, wenn Neonazis Menschen ermorden, sondern dass wir auch dem staatlichen Rassismus immer wieder entgegen treten müssen. Wir wollen mit dieser Broschüre unsere Gedanken zu diesem Komplex in Göttingen und bundesweit für Antifaschist_innen, Antira-Aktivist@s, Migrantifas und iL-Genoss_innen genauso diskutierbar machen wie für Bündnispartner_innen, Einzelpersonen oder Menschen, die die Welt verändern wollen. Dafür konzentrieren wir uns auf die Kontextualisierung von staatlichen, institutionellen Strukturen des Rassismus in der BRD.

Wir sind eine mehrheitlich *weiße* Antifa, innerhalb derer die wenigsten von uns Rassismuserfahrungen machen. Das gemeinsame, geteilte Wissen ist dominiert von Blicken auf TäterInnen und Neonazistrukturen. Viele von uns stellen regelmäßig fest, dass sie eigene Rassismen im Kopf überwinden müssen. Dadurch, dass die meisten von uns nicht aus eigener Betroffenheit heraus gegen Rassismus kämpfen, fehlt uns schlicht eine Dimension im Kampf gegen Neonazis und Rassist_innen. Wir erhoffen uns somit ganz besonders eine Perspektive zu eröffnen, mit der wir für diejenigen, die von Rassismus betroffen sind, ansprechbarer bleiben oder werden. In diesem Sinne freuen wir uns auf weitere Diskussionen und kritisches und ehrliches Feedback sowie einen Austausch über und die ge-

Stadt. In sogenannten „Bettelschüben“ wurden Arme aus den Städten vertrieben. In der frühen Neuzeit entstehen im „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation“ Zuchthäuser. Sie sind die Vorläufer der modernen Gefängnisse. Stadt- und Landesverweise werden nun mit zunehmender Haft teilweise abgelöst. **1842:** In Preußen wird das

meinsame Entwicklung von verschiedenen Praxen. Die großen „We'll come Untited" Demonstrartionen in Berlin 2017, Hamburg 2018 und Dresden 2019 aber auch das Tribunal NSU-Komplex auflösen haben Geflüchteten-Bewegung mit Antifa- und Antira-Bewegung zusammen gebracht, um gemeinsam gegen die rassistische deutsche Migrationspolitik zu kämpfen. In diesem Sinne: Fragend schreiten wir (gemeinsam) voran!

Kein weiterer Mord!

Die Antifa-Debatten rund um den sog. Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) haben uns schmerzhaft vor Augen geführt, dass wir uns in einen engeren Austausch mit Migrant_innen und anderen Menschen mit Rassismuserfahrungen begeben müssen. Zentral war für uns im Jahr 2013 die Erkenntnis, dass schon 2006 in Kassel, nach dem NSU-Mord an Halit Yozgat, migrantische Communities mit der Forderung „kein 10. Mord" auf die Straße gegangen sind. Diese Communities hatten längst Zusammenhänge in den rassistischen und neofaschistischen Morden gezogen. Die Antifa-Bewegung war von diesem Wissen abgeschnitten bzw. hat es nicht wahrgenommen. Sie begriff diese Dimension erst nach der Selbstenttarnung des sogenannten NSU im Jahr 2011. Auch wir mussten lernen: In Kassel, also nicht mal 40 Kilometer von Göttingen entfernt, waren es die Familie Yozgat und ihre Freund_innen, die bereits 2006 laut gesagt haben, was die deutsche Öffentlichkeit nicht hören wollte: Ihr Sohn wurde von Neonazis ermordet.

Um also die Dimension von Rassismus und Neonazi-Organisierung zu begreifen, müssen wir unseren antifaschistischen Kampf enger mit den Kämpfen derer, die von Rassismus betroffen sind, verbinden. Nur durch Kontakt, Austausch und Nähe und durch die Bereitschaft von jenen, die von Rassismus betroffenen sind, zu lernen, können wir als *weiß*-dominierte Bewegung wirklich verstehen, wie wir von unten gemeinsam gegen Alltagsrassismus, institutionalisierten Rassismus, Antisemitismus und Antirom_njaismus vorgehen können.

Um diese wertvollen Kontakte herzustellen haben wir 2016/2017 im Rahmen unserer Kampagne „A woman's voice is a revolution" gezielt den Kontakt in muslimische Communities und zu Genoss_innen aus muslimischen Mehrheitsgesellschaften gesucht. Wir wollten gemeinsam gegen den allgegenwärtigen antimuslimischen Rassismus vorgehen. Genauso suchen wir aber auch Kontakte zu Menschen, die gerade anfangen sich ein neues Leben in Deutschland aufzubauen oder noch dafür kämpfen überhaupt hier leben zu können. In der Auseinandersetzung mit Göttinger Neonazis, die zwischen 2015 und 2017 an zahlreichen Orten in Göttingen und im Landkreis kleinste Kundgebungen abgehalten haben, haben wir immer wieder versucht, Menschen aus Geflüchteten-Unterkünften für Redebeiträge zu gewinnen. So wollten wir Widersprüche in dem „Wir alle gegen Nazis"-Tenor deutlich machen, da auch der deutsche Staat rassistische Politiken betreibt. Wir wollten damit den Schulterschluss zu Geflüchteten suchen, die sich gegen Rassismus wehren und damit aufzeigen, dass die reine Abgrenzung gegen Neonazis nicht ausreicht. Darüber hinaus begeben sich einige unserer Genoss_innen immer wieder an die europäischen Außengrenzen, um dort mit einer Bewegung von Menschen in Austausch zu kommen, die durch ihre Wege gegen die Festung Europa kämpfen und immer wieder Risse in ihre Wände reißen. Im letzten Jahr gründeten sich an verschiedenen Orten Migrantifa Gruppen. Diese Gruppen machen den systematischen staatlichen Rassismus hinter den mordenden RassistInnen und Neonazis derzeit immer stärker zum Angriffspunkt. Den Kämpfen gegen staatlichen Rassismus, die migrantische und migrantisierte Gruppen seit Jahren führen, wollen wir uns mit einer eigenen antifaschistischen Perspektive anschließen.

Demo „Kein 10. Opfer" 2006 in Kassel von migrantisierten Menschen

Wohnsitzprinzip eingeführt. Später wird es auf das ganze Gebiet des Deutschen Reiches ausgedehnt. Wer einen bescheinigten Wohnsitz in einer Stadt hat, kann nicht mehr aus der Stadt ausgewiesen werden. **1871:** Mit der Gründung des deutschen Kaiserreichs wird die rechtsnationale Idee einer „deutschen Nation" umgesetzt. Abschie-

Ein antifaschistischer Blick auf Rassismus und Neonazis

In den letzten Jahren erleben wir ein bedrohliches Zusammenkommen: neofaschistische Strukturen, die bis in den Staatsapparat hineinreichen; rechte Gesinnungsmörder und Polizist_innen, die zahlreiche Morde an migrantisierten Menschen verübt haben. Diese offene rassistische Gewalt ist mit einer Normalisierung von rassistischen Deutungen des gesellschaftlichen Geschehens in öffentlichen und politischen Diskussionen vermischt. Mit dieser Normalisierung geht die Zuspitzung der rassistischen Debatten um Migration, Asyl, Integration, Grenzschließungen oder Internierung in sogenannten „Ankerzentren" oder „Hotspots" an den europäischen Außengrenzen einher. Diese zeigen sich in den zahlreichen Gesetzesverschärfungen und den aktuellen Forderungen nach immer mehr Abschiebungen. Während in der bundesdeutschen Öffentlichkeit faschistische und rassistische Morde als Skandal gelten, empören sich nur wenige über die zahlreichen Verschärfungen der Asylgesetze.

Dublin-System
Nach den seit 1997 gültigen Dublin Verordnungen ist in Europa geregelt, dass für einen Asylantrag das Land zuständig ist, in dem ein_e Asylbewerber_in das erste Mal registriert wurde. Der Idee nach soll die Registrierung an den europäischen Außengrenzen geschehen. Das Dublin System brach 2015 jedoch zusammen, weil tausende Menschen über sich selbst entschieden und kollektiv weiter über die innereuropäischen Grenzen liefen.

Wir sehen jedoch einen Zusammenhang zwischen dem zunehmend feindlichen Klima gegen Migration, den zahlreichen Gesetzesverschärfungen und den mordenden Neonazis.
Das rassistische Klima der Ausgrenzung, in dem Morde von Neonazis zunehmen, wird vom deutschen Staat mit Gesetzesverschärfungen flankiert und mit rassistischen Debatten beispielsweise um Integration, Grenzschließungen oder Internierung in sogenannten Ankerzentren oder Hotspots an den Außengrenzen mit angeheizt.
Diesen Zusammenhang aus schärfer werdenden Debatten um Asyl und Flucht und zunehmenden Morden können wir seit den 1980er Jahren beobachten. Die CDU zog in jener Dekade mit dem Slogan „Das Boot ist voll" in den Wahlkampf, um gegen Einwanderung Polemik zu machen. Die EU baut seit den 1990er Jahren die Festung Europa mit dem zentralen Element des Dublin-Systems aus.
Das Grundrecht auf Asyl, das 1949 als Lehre aus dem deutschen Faschismus in das deutsche Grundgesetz geschrieben wurde, wurde in den Jahren 1992/1993 mit der Grundgesetzänderung durch die Zustimmung der SPD im „Asylkompromiss" faktisch außer Kraft gesetzt.
Zeitgleich erstarkten neofaschistische Mobilisierungen bis hin zu den Pogromen der 1990er Jahren z.B. in Hoyerswerda im September 1991, in Rostock-Lichtenhagen im August 1992, in Mölln im November 1992 oder in Solingen im Mai 1993.
Dennoch gibt es nicht nur die beiden Seiten Staat / Neonazis. Gesetzesverschärfungen und Neonazi-Morde finden vor dem Hintergrund gesamtgesellschaftlicher rassistischer Hetze statt. Es gibt unterschiedliche Fraktionen mit verschiedenen Interessen: die „puren" Rassist_innen und Neonazis, die Migration ganz verhindern wollen; neoliberale Rassist_innen bzw. Kapitalist_innen, die auf günstige Arbeitskräfte angewiesen sind und sich deshalb immer wieder für punktuelle Grenzöffnungen einsetzen. Was sie eint ist die Motivation, die *weiße* Vorherrschaft abzusichern. Sie stellen sicher, dass migrantisierte Menschen, deren Aufenthalt in Deutschland nicht zu verhindern ist, in der Gesellschaft und im Staat hierarchisch gesehen unter *weißen* stehen. Das ist z.B. daran sichtbar, dass migrantisierte Menschen strukturell die schlechter bezahlten und weniger anerkannten Jobs machen müssen oder immer wieder gefragt werden, woher sie kommen und warum sie hier sind, obwohl es schon immer Schwarze Menschen und People of Color in Deutschland gab und dementsprechend nicht alle von ihnen Migrant_innen sind. Migrantisierte Menschen werden durch ständige Polizeikontrollen des sog. racial profiling gedemütigt. Racial profiling heißt, dass Menschen allein auf Grund „äußerlicher Merkmale" kontrolliert und durchsucht werden. Natürlich können sich auch immer wieder Menschen aus diesen Ungerechtigkeiten heraus kämpfen. Viele Migrant_innen haben sich längst eine eigene Existenz hier aufgebaut und sind Teil der deutschen Gesellschaft, der Nachbar_innenschaften und Städte. Und viele sind in eigenen Gruppen und Strukturen organisiert und wehren sich von dort gegen den alltäglichen und institutionalisierten Rassismus.

bungen sollen nun durchsetzen, wer sich nicht im Nationalstaat aufhalten darf. **1899:** Die Königliche Polizeidirektion in München stampft den „Nachrichtendienst für die Sicherheitspolizei in Bezug auf Z." aus dem Boden. Von da an sammeln lokale Polizeien Daten über Sinti_zze und Rom_nja ohne deutsche Staatsangehörigkeit und ohne

Bewegungsfreiheit erkämpfen – den langen Sommer der Migration verteidigen!

Im „langen Sommer der Migration“ 2015 missachteten hunderttausende Menschen Grenzen und nahmen sich ihr Recht auf Bewegungsfreiheit. Der Ausdruck „langer Sommer der Migration“ wurde von Genoss_innen, die 2015 und 2016 Menschen auf der Flucht unterstützt haben, eingeführt. Wir wollen mit diesem Ausdruck keine Migrationsbewegung romantisieren. Wir wollen uns kein neues revolutionäres Subjekt herbeiphantasieren. Wir wollen damit aber die Perspektive wechseln. Was wir auch selbst in unserem Aktivismus an den europäischen Außengrenzen erleben, ist der Kampf von Migrant_innen gegen eine Ordnung, in der sie an den Grenzen Europas, die für *weiße* Europäer_innen nicht spürbar sind, aufgehalten werden (sollen).

2015 allerdings haben sich Tausende nicht von Grenzbeamt_innen, Panzern und Zäunen aufhalten lassen. Sie erreichten innerhalb kürzester Zeit Länder wie Deutschland, die sich mit dem Dublin-System abzuschotten versuchen. Aus antirassistischer Perspektive kann dieser kurzzeitige Zusammenbruch des Dublin-Systems nur gefeiert werden. Wir wollen mit der Betonung des kurzfristigen Erfolges der Migrationsbewegung gegen die Abschottungspolitik Europas nicht unsichtbar machen, dass dieser Erfolg hart erkämpft war. Tausende erlebten extreme Entbehrungen, Verletzungen und haben Tote zu beklagen. Wir wollen damit auch nicht sagen, dass die Migrationsbewegung eine kämpfende Bewegung ist, die politisch organisiert ist. Wir wollen aber deutlich machen, dass Migrant_innen keine passiven Objekte sind; sondern, ob bewusst oder aus der Notwendigkeit heraus, kollektiv handeln. Ihr Ziel, Europa zu erreichen, steht im Widerspruch zu der herrschenden Ordnung. Diese Selbstermächtigung von Migrant_innen, bestehende Grenzen zu überschreiten, stellt die Fiktion von Europa als weiß wieder einmal in Frage. All das drückt für uns die Bezeichnung „langer Sommer der Migration“ aus. Diese Perspektive stellt eine Gegenerzählung dar, in der Migration nach Europa nicht als „Krise“ begriffen wird, sondern als ein kurzfristiger Erfolg von Migrationsbewegungen gegen europäische Abschottung.

Rechte Kräfte insbesondere in der CDU und CSU befeuern eine rassistische Stimmung gegen Migration, um den kurzzeitigen Erfolg im „langen Sommer der Migration“ 2015 gegen ihre Festung wieder zurückzudrängen. Dafür stellt der Staat, unter Federführung des Bundesinnenministers Horst Seehofer (CSU), seit 2015 viele seiner Stellschrauben auf Abschiebungen. Diese sollen in den lokalen Ausländerbehörden umgesetzt werden. Was so nüchtern klingt, bedeutet Vertreibung, Verschleppung, Entzug der Lebensgrundlage. Jeden Tag wird in den kommunalen Ausländerbehörden über das Leben von Menschen entschieden. In den Ausländerbehörden wird die Parole „Nazis morden, der Staat schiebt ab“ konkret.

Im nächsten Abschnitt wollen wir aus antifaschistischer Perspektive historisch in die Tiefe gehen. Ein Blick auf die geschichtliche Entwicklung von Abschiebung und Vertreibung sowie auf den historischen Faschismus und die Rolle von Bürokratie in der systematischen Vernichtung von Menschen und zeigen, welch „Geistes Kind“ der deutsche Staat mit seinen Migrationsgesetzen und mit seinen entsprechenden Institutionen heute ist. Wir wollen dabei weder die derzeitige Situation mit dem historischen Faschismus vergleichen, noch behaupten, dass die derzeitigen Entwicklungen unweigerlich auf erneuten Faschismus zulaufen. Unsere Motivation ist, die Kontinuitäten in ihren Entwicklungen zu beleuchten und somit aus der Geschichte zu lernen.

Demo am besetzten O-Platz in Berlin

festen Wohnsitz.
Über 14.000 Personalakten werden in den kommenden Jahren über Sinti und Roma angelegt.
Diese rassistische Erhebung bildet die Basis für den Porajmos, den Holocaust an Sinti_zze und Rom_nja im

Historische Spurensuche

Antiziganismus und Antiromn_jaismus

Mit Antiziganismus wird allgemein der Rassismus Personen gegenüber, die als Zi. konstruiert werden, bezeichnet. Der Begriff an sich ist jedoch problematisch, da er das Wort „zigan“ enthält und damit die Gefahr birgt, eine rassistische Bezeichnung zu reproduzieren. Die Option, Antiziganismus gegen „Rassismus gegen Sinti_zze und Rom_nja“ auszutauschen, bringt neue Probleme mit sich, da nicht ausschließlich Sinti_zze und Rom_nja von Antiziganismus betroffen sind. Unter der Kategorie Zi. wurden und werden auch Menschen diskriminiert und verfolgt, die sich nicht als Sinti_zze und Rom_nja verstehen, wie zum Beispiel Jenische, Irish Travellers, Manusch und Kale. Dementsprechend gibt es keine kollektive Selbstbezeichnung aller von Antiziganismus Betroffenen, die von allen geteilt wird. Wir verwenden den Begriff unter den dargestellten Vorbehalten.

Zi.

Die Bezeichnung Zi. schreiben wir nicht aus, um sie nicht zu reproduzieren. Sie hat eine rassistische und stigmatisierende Geschichte und wird beispielsweise vom Zentralrat deutscher Sinti und Roma und den meisten Sinti_zze und Rom_nja abgelehnt. Auch Sammelbezeichnungen, die nach dem deutschen Faschismus verwendet wurden, die auf Begriffe wie „fahrend“ zurückgreifen, beinhalten dieselben rassistischen Zuschreibungen. Wir wählen die Abkürzung Zi. im Gegensatz zur Abkürzung „Z“, da letztere im deutschen Faschismus als Kategorisierung in sog. „Rassegutachten“ verwendet wurde. In diesem Sinne wählen wir Zi. auch, wenn wir Wortlaute historischer Dokumente wiedergeben.

Sinti_zze und Rom_nja

Sinti_zze und Rom_nja sind zwei kollektive Selbstbezeichnungen. Die Verwendung ist aber teilweise unter Sinti_zze und Rom_nja umstritten, weil sie einen Sammelbegriff erzeugt und somit stigmatisieren kann. Manche bezeichnen sich daher lieber mit spezifischeren Gruppennamen, wie z. B. Lowara, Lalleri oder Kalderasch.

Porajmos/Samudaripen

Porajmos bezeichnet die Verbrechen und den systematischen Mord im deutschen Faschismus an Menschen, die als Zi. verfolgt wurden. Er wird von vielen Sinti_zze und Rom_nja genutzt. Der aus dem Romanes stammende Begriff wurde in den 1990er Jahren durch den Romani-Gelehrten Ian Hancock vorgeschlagen und wird inzwischen von vielen Initiativen und Organisationen von Sinti_zze und Rom_nja gebraucht. Er ist damit auch ein erinnerungspolitischer Begriff, mit dem die Sichtbarkeit und Anerkennung der Verbrechen an Menschen, die als Zi. verfolgt wurden, erkämpft wird. Als Wortschöpfung meint Porajmos wörtlich in etwa „Verschlingen“. Von einigen Sinti_zze und Rom_nja wird er deswegen als unangemessen kritisiert und von verschiedenen Verbänden explizit nicht verwendet. Die International Romani Union verwendet z.B. stattdessen den ebenfalls aus dem Romanes stammenden Begriff Samudaripen, was wörtlich in etwa „alle ermordet“ bedeutet.
Wir verwenden Porajmos oder Samudaripen immer dann, wenn damit explizit die historisch einmalige Verfolgung und der systematische Massenmord von als Zi. verfolgten Menschen im deutschen Faschismus gemeint ist.

deutschen Faschismus. **1913:** Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz des Deutschen Kaiserreichs wird erlassen. Die Staatsbürgerschaft ist über die Zugehörigkeit zu den Ländern geregelt: erst Bürger der Länder, dann des Staates. Diejenigen, die von deutschen Eltern geboren werden, werden deutsche Staatsangehörige, nicht aber die,

Holocaust

Als gängigster Begriff, mit dem die einmaligen Verbrechen des deutschen Faschismus bezeichnet werden, wird „Holocaust“ verwendet. Der Begriff ist dabei älter als das historisch singuläre Ereignis, auf das er angewendet wird. Er hat sich inzwischen aber derart etabliert, dass ein alternativer Gebrauch von Holocaust eine klare Relativierung der beispiellosen Verbrechen, der systematischen Verfolgung und der mörderischen Vernichtung durch die deutschen FaschistInnen darstellen würde. Da Holocaust als Begriff für diese Verbrechen angewendet wurde und sich in dieser Bedeutung entwickelt und etabliert hat, gibt es keine klare Definition, ob Holocaust ausschließlich die systematische Vernichtung der Jüdinnen_Juden oder auch die Ermordung der als Zi. Verfolgten und die Krankenmorde oder die Gesamtheit aller Verfolgungen und Morde von Gegner_innen des deutschen Faschismus meint. Holocaust wird von verschiedenen Opfergruppen durchaus unterschiedlich gebraucht und ist und war in seiner Aneignung damit auch ein erinnerungspolitisch umkämpfter Begriff.
Obwohl wir den Begriff teilweise verwenden, weil auch wir an seiner Etablierung nicht vorbei können, ist uns trotzdem wichtig, ihn mit kritischer Distanz zu gebrauchen. Erstmals wurde der Begriff Holocaust als Bezeichnung der Verbrechen des deutschen Faschismus an Jüdinnen_Juden im Jahr 1943 im britischen Oberhaus von nicht-jüdischen Menschen verwendet. Anschließend wurde er in der britischen und US-amerikanischen Presse aufgegriffen. Weite Verbreitung fand der Begriff für diese Bedeutung durch den Film „Holocaust: The Story of the Family Weiss“ von 1978, der 1979 in deutscher Übersetzung ausgestrahlt wurde.
Aus guten Gründen wird der Begriff von einigen Zeitzeug_innen, Überlebenden und Opfergruppen abgelehnt, insbesondere von vielen Jüdinnen_Juden. Theologischer Ursprung des Begriffs Holocaust ist seine biblische Verwendung im alten Testament für „Brandopfer“. Damit sind die im Tempel dargebrachten Gaben für Gott gemeint. Da solche Opfer aus theologischer Perspektive einen Sinn ergeben, ist es nur zu verständlich, dass der Begriff für die systematische Vernichtung von Jüdinnen_Juden als unangemessen zurückgewiesen wird. Im Mittelalter wurde Holocaust darüber hinaus teilweise explizit antisemitisch im Kontext von Pogromen gegen Jüdinnen_Juden verwendet. Spätestens vor diesem Hintergrund sollte der Begriff kritisch und nur im Bewusstsein seiner Begriffsgeschichte verwendet werden.
Trotz der Kritiken wird der Begriff von vielen Zeitzeug_innen gebraucht. Wenn wir uns z.B. auf den Überlebenden Zygmunt Bauman beziehen, der selbst vom Holocaust spricht, dann werden wir ihm keinen anderen Begriff in den Mund legen.

Shoah

Shoah ist eine Eigenbezeichnung von Jüdinnen_Juden für den systematischen Mord an Jüdinnen_Juden. Der Begriff wird explizit für die einzigartigen Verbrechen des deutschen Faschismus an den jüdischen Menschen verwendet und erfasst damit die Singularität der Verbrechen. Wörtlich bedeutet er in etwa „Katastrophe“ und wird daher von vielen Jüdinnen_Juden als angemessener betrachtet, als der theologisch kritisch zu interpretierende Begriff Holocaust.
Aufgekommen als Bezeichnung für die Verfolgung und systematische Vernichtung von Jüdinnen_Juden ist der Begriff Shoah Ende der 1940er Jahre im Kontext der Gründung des Staates Israel. Er wird unter anderem in dessen Unabhängigkeitserklärung verwendet. Verbreitung fand der Begriff vor allem durch den Gedenktag „Yom ha‘Shoah“ am 27. Nissan des jüdischen Kalenders. Auch dieser Gedenktag wurde in Israel etabliert; er gehört aber inzwischen – obwohl kein religiöser Feiertag – ebenso wie der Begriff Shoah fest zum Gemeindeleben der meisten jüdischen Gemeinden in der Diaspora.
Auch wenn es zweifelsfrei richtig ist, den Begriff Shoah zu verwenden, ersetzt dieser als jüdische Selbstbezeichnung nicht einfach den Begriff Holocaust, da andere Opfergruppen der faschistischen Verbrechen sonst ausgeschlossen werden würden. Wir finden es daher richtig, Shoah immer dann zu verwenden, wenn damit explizit die historisch einzigartigen Verbrechen des deutschen Faschismus an den Jüdinnen_Juden gemeint sind.

die „nur“ auf deutschem Boden geboren werden. Das Blutsprinzip wird erst 2005 mit dem Zuwanderungsgesetz geändert. **25. Mai 1919:** Die Abschiebehaft wir das erste Mal durch die „Bekanntmachung über Aufenthalts- und Zuzugsbeschränkungen“ des bayerischen Innenministeriums formuliert. Festnahme erfolgt, „*wenn Anhaltspunkte*

Das rassistische Instrument des Lagers

Ein Instrument, das Staaten seit jeher nutzen um Migration zu verhindern und zu kontrollieren, ist das Lager. Mit dem Konzept von Lager, aber auch von Knast, sind Vertreibung und Abschiebung fest verbunden. In der Weimarer Republik (1918-1933) werden aus antisemitischer Motivation vor allem osteuropäische Jüdinnen_Juden abgeschoben. 1919 wurde die Abschiebehaft in Gesetze gegossen und zur regulierten Vertreibung von Jüdinnen_Juden genutzt. 1920 wird die Internierung von Menschen, die völkisch-antisemitisch als sogenannte „Ostjuden" bezeichnet wurden, ermöglicht. In diesem Jahr wird das erste deutsche Abschiebelager in Bayern in Ingolstadt eingerichtet. Diese Lager hießen damals „Konzentrationslager". Wir nennen sie im folgenden Abschiebelager, um keine Verwechslung mit den Konzentrationslagern der Nazis zu erzeugen. Als ab 1923 einige Abschiebelager wegen Geldmangel schließen mussten, wurden jüdische Gefangene daraufhin auf „gewöhnliche" Knäste verteilt.

Die Konzepte von Lager und Internierung werden im deutschen Faschismus weitergesponnen und werden schließlich zu Konzentrationslagern. Die Funktion der faschistischen Konzentrationslager ändert sich grundlegend von der Vertreibungs- und Ausgrenzungspolitik der Weimarer Republik hin zur Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik durch die Nazis. Shoah und Porajmos/Samudaripen stellen eine einzigartige Singularität in der deutschen Geschichte dar, die wir nicht durch einen abstrusen Vergleich relativieren wollen. Dennoch war der deutsche Faschismus kein kompletter Bruch, wie so oft behauptet wird - weder vorher noch hinterher! Vielmehr konnte der deutsche Faschismus an den bereits davor bestehenden Rassismus und Antisemitismus anknüpfen. Die Nazis konnten die Vetreibungspolitik gegen Jüdinnen_Juden mitsamt der bereits etablierten Abschiebelager aus der Weimarer Republik weiterentwickeln. Unter den Bedingungen einer faschistischen Herrschaft wurde daraus die historisch einmalige, systematische Vernichtungspolitik der Nazis:

Im Jahr 1938 werden in der sogenannten „Polenaktion" zehntausende, völkisch-antisemitisch als „Ostjuden" bezeichnete Menschen in Konzentrationslagern interniert. Von dort aus sollen sie anschließend abgeschoben werden. Am 9. November 1938 findet die Reichspogromnacht statt. In den Tagen um die Pogromnacht werden hunderte Jüdinnen_Juden ermordet, mehr als 30.000 in Konzentrationslager verschleppt und Synagogen und jüdische Geschäfte in ganz Deutschland und Österreich angezündet und zerstört. Außerdem erleben 17.000 polnische Jüdinnen_Juden eine gewaltvolle Massenausweisung. Auf der Wannseekonferenz 1942 wird schließlich die faschistische Vertreibungspolitik durch den Plan der systematischen Vernichtung abgelöst. Im deutschen Faschismus werden ins Besondere Jüdinnen_Juden sowie als Zi. verfolgte Menschen systematisch ermordet.

Die Ideen von Lager, Internierung und anschließender Abschiebung haben weder mit dem deutschen Faschismus angefangen, noch sind sie mit ihm verschwunden. Auch nach dem deutschen Faschismus werden viele Menschen, die in die BRD einwandern, in Lagern und Gefängnissen eingesperrt und von dort aus abgeschoben: Im Jahr 1951 übernimmt die BRD die Ausländerpolizeiverordnung unverändert aus dem deutschen Faschismus, die 1938 eingeführt wurde. Sie regelt unter anderem, dass sich „Ausländer" nur in Deutschland aufhalten dürfen, wenn sie vom Staat als nützlich angesehen werden. Die Ausländerpolizeiverordnung wird 1965 und 1990 reformiert; der Geist bleibt jedoch erhalten. Die „Gründe" für die Inhaftierung von Menschen, die abgeschoben werden sollen, werden von 1960 bis heute immer weiter ausgeweitet.

In den 1990ern werden jährlich zwischen 20.000 und 25.000 von Abschiebungen Betroffene vor ihrer Abschiebung eingesperrt. Im Jahr 2015 gibt es in der BRD 15 gesonderte Abschiebeknäste mit insgesamt 712 Plätzen. Seit 2019 werden auf Druck des Bundesinnenministers Horst Seehofer (CSU)

„Lager auflösen"-Demo im September 2020 in Göttingen
Bild: Links Unten Göttingen

dafür vorliegen, dass die Abreise nicht erfolgen würde". **1. November 1919:** Der Preußische Innenminister Wolfgang Heine (SPD) verfügt, dass durch die Sperrung der Grenzen die weitere Einwanderung von „Ostjuden" verhindert wird. **20. März 1920:** Der bayerischer Ministerpräsident Gustav Ritter von Kahr erlässt eine verschärfende „Frem-

neue Abschiebeknäste gebaut. Bundesweit sollen die „Kapazitäten“ bis 2022 auf 1329 Plätze erhöht werden. Außerdem werden Abschiebegefangene wieder in „normalen“ Gefängnissen inhaftiert; eine Praxis, die selbst nach der Logik der Justiz menschenrechtswidrig ist. Der Europäische Gerichtshof und der Bundesgerichtshof hatten diese Inhaftierungen 2014 verboten. Derzeit gilt in der BRD eine Ausnahme bis 2023.

Kontinuitäten sind nicht nur bzgl. Haft, sondern auch bzgl. Lager sichtbar. Seit den 1950er Jahren werden Migrant_innen, in den 1960ern z.B. sog. „Gastarbeiter_innen“ und gegenwärtig Asylsuchende, in Lagern am Rand von Städten und Dörfern „untergebracht“. So können Migrant_innen aus Sicht der staatlichen Behörden besonders „gut“ kontrolliert und isoliert, also von der Gesamtgesellschaft fern gehalten, werden. Diese Lager werden euphemistisch als „Unterkünfte“ bezeichnet.

Die Isolation und Kontrolle von Menschen in Lagern verschärft sich seit 2015, also seit dem „langen Sommer der Migration“, enorm. An den europäischen Außengrenzen, z.B. auf den griechischen Inseln, entstehen riesige Lager, sogenannte Hotspots, in denen Menschen sortiert, verteilt und direkt wieder abgeschoben werden sollen. In Deutschland kocht 2018 die Debatte über sogenannte AnkERzentren hoch: AnkER steht für „Ankunft, Entscheidung und Rückführung“. Menschen sollen ihr komplettes Asylverfahren in diesem AnkERzentrum verbringen und erst bei positiver Entscheidung über das Asylverfahren auf eine Kommune verteilt werden. Während schon 1920 das erste deutsche Abschiebelager in Bayern eingerichtet wurde, so wird auch 2018 das erste sogenannte AnkERzentrum im bayerischen Manching bei Ingolstadt eingeführt. In anderen Bundesländern heißen diese Lager, „Erstaufnahmeeinrichtungen“. In den Lagern dieser Art werden, ähnlich dem Hotspot-System auf den griechischen Inseln, Menschen durch das Asylverfahren sortiert. Nur manche dürfen sich woanders eine Wohnung suchen. Auch nach der „Verteilung“ aus den zentralen Lagern heraus dürfen sich Menschen ihre Wohnung nicht frei aussuchen. Viele leben danach in kommunal betriebenen und kontrollierten Lagern weiter. Diejenigen, die direkt abgeschoben werden, leben meist bis zu ihrer Abschiebung ausschließlich im Lager und werden damit von der deutschen Gesellschaft ferngehalten. Diese Isolation soll unter anderem dazu beitragen, dass Abschiebungen nicht durch die Zivilgesellschaft verhindert werden. Auch nach der Verteilung aus den zentralen Lagern heraus dürfen sich Menschen ihre Wohnung nicht frei aussuchen, viele leben danach in kommunal betriebenen und kontrollierten Lagern weiter.

Demo von Rom_nja in Heidelberg 1971, nach dem der Rom Anton Leman von Polizist_innen ermodet wurde

Lager und Abschiebeknäste sind als antisemitische Instrumente zur Ausweisung von Jüdinnen_Juden aus Deutschland entwickelt worden. Heute treffen die gewaltvollen Instrumente nicht mehr primär Jüdinnen_Juden, sondern vor allem all jene Menschen, die über das Asylsystem versuchen sich ein Leben in Deutschland aufzubauen.

Vertreibung, Katalogisierung, Erfassung

Nicht nur das Einsperren in Lagern und Gefängnissen und Abschiebeknästen hat eine lange Tradition, sondern auch die Vorgehensweise der (räumlichen) Vertreibung. Diese ist eng verbunden mit dem Rassismus gegen Menschen, die als Zi. stigmatisiert, ausgegrenzt und verfolgt wurden und führt uns durch sog. „Stadt- und Landesverweisen“ bis in das 15 Jahrhundert zurück. 1424 erhielten Rom_nja in Hildesheim kein Aufenthaltsrecht und mussten außerhalb der Stadtmauer in Zelten leben. Auf dem Reichstag zu Freiburg 1498 wurden sie zu „Vogelfreien“ erklärt und damit geächtet und vertrieben. Sie wurden zum Gegenbild des „sesshaften guten Bürgers“ gemacht.

Mit der Herausbildung der Nationalstaaten im 19. Jahrhundert verfestigte sich der Rassismus gegen Sinti_zze und Rom_nja und materialisierte sich im entstehenden Polizeiapparat. Ende des 19. Jahrhunderts. 1899 stampfte die Königliche Polizeidirektion in München den „Nachrichtendienst für die Sicherheitspolizei in Bezug auf Zi.“ aus dem Boden, woraufhin Rom_nja ohne deutsche Staatsbürger_innenschaft und ohne festen Wohnsitz von lokaler Polizei gemeldet und erfasst wurden. In 26

denverordnung“. Die Internierung der sogenannten „Ostjuden“ wird möglich. **April 1920:** Das erste deutsche Abschiebelager wird in Bayern eingerichtet. Die bayerische Regierung ordnet die sofortige Ausweisung aller in den Freistaat eingewanderten Juden und Jüd_innen an. **1. Juni 1920:** Der neue preußische Innenminister Carl Severing

Jahren legte die Polizei über 14.000 Personalakten über Sinti_zze und Rom_nja an.
Knapp 40 Jahre später, 1938, führten die Nazis die „Ausländerzentralkartei“ ein. Sie diente dem Ziel, möglichst viele Informationen über alle „Ausländer_innen“ zu sammeln. Diese rassistischen Erhebungen bildeten die Basis für Porajmos/Samudaripen, den Genozid an den als Zi. verfolgte Menschen im deutschen Faschismus.
Das 1953 gegründete „Ausländerzentralregister“ ist die nahtlose Weiterführung der faschistischen Ausländerzentralkartei. Dieses Register wird bis heute geführt. Der Zweck ist weiterhin die rassistische Kontrolle und Überwachung von Menschen, die als „Ausländer_innen“ gelten. Mit der „Landfahrerordnung“ wird, ebenfalls 1953, eine weitere rassistische Verordnung der Faschisten wieder eingesetzt, die zuvor von den Alliierten aufgehoben worden war. Der Begriff des „Landfahrers“ soll den rassistischen Begriff Zi. zwar vermeiden, die rassistischen Politiken werden aber weitergeführt. Diese „Landfahrerzentrale“, die am Landeskriminalamt Bayern angesiedelt, führt die Verfolgungsakten aus dem deutschen Faschismus weiter und erfasste bis 1970 Fingerabdrücke, persönliche Daten und eintätowierte KZ-Nummern von Sinti_zze und Rom_nja aus der ganzen BRD. Auch personell wurde die Kontinuität zum deutschen Faschismus bewahrt: Die Leitung der Zentrale übernahm Josef Eichberger, der vorher im „Reichsicherheitshauptamt“ (RSHA) hauptverantwortlich für die Organisation der Deportation von Menschen, die als Zi. verfolgt wurden, gewesen ist.
Die „Ausländerpolizeiverordnung“ wird ebenfalls von der BRD aus dem deutschen Faschismus übernommenen. 1965 ersetzt die BRD die Ausländerpolizeiverordnung durch das „Ausländergesetz“. Das Wort Zi. wird aus dem Gesetz gestrichen; der Inhalt bleibt jedoch erhalten. Antiziganismus ist weiter Staatsräson, wie rassistische Sondererfassungen in heutigen Polizeidatenbanken zeigen.
Das Verwehren des Aufenthalts trifft gegenwärtig insbesondere Rom_nja, die in den 1990er Jahren aus Jugoslawien geflohen sind. Viele von ihnen sind die Nachkommenden der Überlebenden von Porajmos/Samudaripen. In den 1990er Jahren wird während des Jugoslawien-Krieges und der damit verbundenen Flucht von vielen Romn_ja nach Deutschland das Grundrecht auf Asyl aus dem deutschen Grundgesetz gestrichen. Viele tausend Romn_ja in Deutschland haben nie einen Aufenthaltsstatus bekommen, sondern leben zum Teil seit 30 Jahren mit dem prekären Status der Duldung. Das bedeutet, dass sie theoretisch jederzeit von Abschiebung bedroht sind.

Duldung
Rechtlicher nicht-Status, den Menschen bekommen, die nicht abgeschoben werden dürfen aber auch kein Aufenthaltsrecht in Deutschland bekommen. Bürgerkrieg, geschlechtsspezifische Verfolgung oder Umweltkatastrophen sind kein Grund für Asyl. Wenn die Abschiebung in ihr Herkunftsland dem Staat zu riskant ist, erhalten Menschen kurzfristig eine Duldung. Die Duldung ist ein prekärer Status, in dem Menschen jederzeit abschiebbar sind und kaum Chancen haben, sich ein Leben in Deutschland aufzubauen. Manche Menschen leben über 30 Jahre mit diesem Status, den sie alle drei Monate verlängern müssen. Sie leben in der Dauergefahr von Abschiebung.

Viele Kinder dieser Menschen, die damals aus dem Bürgerkrieg in Jugoslawien geflohen sind, wurden in Deutschland geboren und leben schon ihr ganzes Leben mit der Angst vor Verlust des Zuhauses. 2014 und 2015 erklärt die Bundesregierung Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Albanien, Montenegro und Kosovo zu vermeintlich sicheren Herkunftsländern. Viele, die ihr ganzes Leben mit

Anita – in die Illegalität gedrängt
Im Jahr 2015 ist Anita 15 Jahre alt. Sie wurde in Göttingen geboren und sagt: „das ist meine Heimat.“. Seit 17 Jahren ist ihre Familie in Göttingen und seit 17 Jahren werden sie durch den Duldungsstatus gegängelt. 2015 wollen die Göttinger Behörden sie dann mit ihrer Familie in den Kosovo abschieben. Anita war noch niemals dort, geschweige denn spricht sie die Sprache. Im Kosovo sind Rom_nja Armut und Verfolgung ausgesetzt – Deutschland erklärte den Kosovo dennoch seit 2015 zum „sicheren Herkunftsstaat“. Auf die geplante Abschiebung von Anita und ihrer Familie hagelte es Solidaritätsbekundungen. Durch die drohende Abschiebung wurden Anita und ihre Familie in die Illegalität gedrängt. Der Fall von Anita zeigt, dass der Abschiebewahn der Behörden selbst vor Menschen, die ihr ganzes Leben in Göttingen verbracht haben nicht halt macht.

(SPD) ordnet an: „*all jene, die in dem dringenden Verdacht einer strafbaren Handlung stehen*“, unverzüglich abzuschieben. **1921:** In Preußen werden Abschiebegefängnisse errichtet. **1923 und 1924:** Wegen Geldmangel werden verschiedene Abschiebelager geschlossen. Die jüdischen Abschiebegefangenen werden daraufhin in der Weimarer

immer wieder verlängerten Kettenduldungen in Deutschland verbracht haben, wurden nun abgeschoben oder in die Illegalität gedrängt.

Abschiebung ist Mord - Gani Rama ist tot
Am 20. Juli 2019 wurde Gani Rama in Pristina ermordet. Gani Rama wollte nicht im Kosovo leben. Wegen des Kriegs im Kosovo floh er nach Deutschland und kam nach Göttingen. Doch die Göttinger Behörden schoben Gani 2010 wieder in den Kosovo ab. Schon damals fürchtete er um sein Leben dort und sagte: „Eines Tages werden sie mich umbringen". Gani kämpft sich seinen Weg zurück zu seiner Familie in Göttingen. Er wird 2017 erneut abgeschoben, trotz einer psychische Erkrankung. In Pristina lebt er vor seiner Ermordung auf der Straße. Gani wird dort von einem Anhänger der UCK, einer paramilitärischen Organisation von Kosovo-Albaner_innen, die sich an der Vertreibung der Rom_nja im Kosovo beteiligen, totgeprügelt. Der deutsche Staat hat den Kosovo 2015 zum „sicheren Herkunftsland" erklärt.

Abschiebungen und Bürgerschaft

Bei Abschiebungen handelt es sich um ein Instrument, mit dem Vorstellungen von Gebieten und Ansprüchen durchgesetzt werden sollen. Die Herkunft eines Menschen wird dabei einem bestimmten Gebiet zugeordnet und Menschen dadurch aus anderen Territorien ausgeschlossen. Wie diese Territorien aussehen, die die Zugehörigkeit definieren, wandelt sich im Laufe der Zeit von der Stadt bis zur Nationalstaatwerdung im 19 Jahrhundert.
Schon in der Reichspolizeiordnung des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" von 1530 findet sich die Kategorie der_s sogenannten „Fremden". Damals galt eine Person aus einer anderen Stadt als „fremd". "Fremden" war das Betteln verboten. In „Bettelschüben" wurden Arme aus den Städten vertrieben.
Das „Fremde" wird später in Abgrenzung zum „Deutschen" konstruiert. Mit der Gründung des deutschen Kaiserreichs 1871 wird die rechtsnationale Idee der „deutschen Nation" langsam umgesetzt. Dies beinhaltet die Idee einer Nation, die mit einem Territorium und einem vermeintlich dazu gehörenden biologischen „Volk" sowie einer

Kundgebeung von Sinti_zze und Rom_nja an der Gedenkstätte Bergen-Belsen am 27.10.1979

einheitlichen nationalen „Kultur" verbunden ist. Abschiebungen sollen nun durchsetzen, wer nicht zum „Volkskörper" gehört und sich demnach nicht im Nationalstaat aufhalten darf. Der sich entwickelnde Staat mit seinen Grenzen, dazugehörigen Staatsbürger_innen und einem nicht dazu gehörendem Außen wird in Gesetzesform gegossen.
Die BRD fängt erst im Jahr 2000 nach langen politischen Kämpfen an, die biologische Konstruktion des „deutschen Volkes" juristisch aufzuweichen, indem das sog. Geburtsortprinzip eingeführt wird. Dieses legt fest, dass ein Kind von Eltern ohne deutscher Staatsbürger_innenschaft, das selbst in der BRD geboren wurde, die Möglichkeit hat, eine deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten. Dafür muss der Aufenthaltsstatus der Eltern bestimmte Bedingungen erfüllen. So wird zum ersten Mal in der deutschen Geschichte ermöglicht, die deutsche Staatsbürger_innenschaft unabhängig von den Eltern zu erlangen.
Deutlich wird: Der BRD liegt eine gewaltsame Geschichte zugrunde, in der seit Jahrhunderten Menschen einem Gebiet zugeordnet werden oder brutal ausgeschlossen und vertrieben werden. Um „Deutsch-Sein" herzustellen und zu konstruieren, werden seit jeher Menschen aus ihrem Zuhause vertrieben. Die biologistische und kulturalistische Konstruktion dessen mit entsprechenden rassistischen, antirom_njaistischen und antisemitischen Ausschlüssen lässt sich von den Anfängen im Kaiserreich über die Weimarer Republik, über den deutschen Faschismus bis in die heutige BRD nachverfolgen. Die BRD greift zur Durchsetzung der Ausschlüsse bis heute auf die uralten Instrumente von Lager, Vertreibung und Abschiebung zurück. Diese Instrumente sind über bestimmte Aufgabenteilungen und Verantwortlichkeiten organisiert, die wir im Folgenden darlegen wollen.

Republik auf „gewöhnliche" Gefängnisse verteilt. In der Weimarer Republik soll über Abschiebung vor allem die „*unerwünschte Zuwanderung von ausländischen Arbeitnehmern*" verhindert werden. **1923:** In einem Landgerichtsrat heißt es: „*Eine erschöpfliche Aufzählung der Ausweisungsgründe ist in Preußen noch weniger möglich als ander-*

Der rassistische Apparat

Bleibeperspektive
Kategorie des BAMF, basierend auf der statistischen Wahrscheinlichkeit, nach der Menschen aus einem bestimmten Land in Deutschland einen Schutzstatus erhalten.

BAMF - Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Mitarbeiter_innen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) führen die Aus- und Be-Fragung derjenigen Menschen durch, die Asyl beantragen. Dafür durchleuchten sie das Leben der Menschen, verschaffen sich Zugang zu Inhalten auf ihren Smartphones, lesen Daten aus und quetschen die Menschen über ihr Leben und ihre Fluchtrouten aus. Die BAMF-Mitarbeiter_innen entscheiden über den Schutzstatus, den die Person erhalten wird oder auch nicht und damit über das weitere Leben von Menschen. Die entsprechenden BAMF-Außenstellen befinden sich in den niedersächsischen Erstaufnahmeeinrichtungen.

LAB NI

Die Landesaufnahemebehörde Niedersachsen (LAB NI) untersteht dem Landes-Innenministerium und ist für Folgendes verantwortlich: (1) Die LAB NI betreibt die niedersächsischen Registrierungs- und Sortierungs-Lager für Geflüchtete (offiziell Erstaufnahmeeinrichtungen). Menschen mit sog. „guter Bleibeperspektive", über die das BAMF positiv entscheidet, werden aus den Erstaufnahmeeinrichtungen an ein kommunales Lager weiter „verteilt". Erstaufnahmelager der LAB NI befinden sich in Bramsche, Bad Fallingbostel, Braunschweig, Osnabrück und Friedland. (2) Die LAB NI übernimmt für die Menschen, die sich in den zentralen niedersächsischen Erstaufnahmelagern befinden, dieselben Aufgaben wie eine lokale Ausländerbehörde auf kommunaler Ebene. (3) Die LAB NI ist verantwortlich für die Umsetzung der Abschiebung. Mitarbeiter_innen der LAB NI tauchen nachts an den Wohnungen von Menschen auf, um sie aus ihren Wohnungen zu zerren und abzuschieben.

Lokale Ausländerbehörde

Die lokale Ausländerbehörde ist die zentrale Kontrollbehörde, die den Ausschluss von Menschen ohne deutschen Pass im Alltag konkret macht. Die Gängelungen in einer Ausländerbehörde betreffen also nicht nur Menschen, die Asyl beantragen. In der lokalen Ausländerbehörde werden die rassistischen Sondergesetze umgesetzt. Das meint die Gesetze, die nicht-deutsche Staatsbürger_innen in Deutschland entrechten. Dazu gehört z.B., dass diese regelmäßig ihren Aufenthalt neu erfragen müssen, den Besuch von Verwandten erbetteln müssen oder mit Abschiebungen bedroht werden, wenn sie ihren Job oder Studiengang wechseln. Der alltägliche Terror der Ausländerbehörde trifft ganz besonders all jene Menschen, die kein Aufenthaltsrecht vom BAMF bekommen haben. Die Mitarbeiter_innen der Ausländerbehörde sind dabei ganz konkret verantwortlich für: (1) Die Einleitung einer Abschiebung. Sie treffen die Entscheidung über die Abschiebung oder Verlängerung der Duldung. (2) Die Inhaftierung von Menschen. Die Mitarbeiter_innen stellen den Antrag auf Abschiebehaft beim Amtsgericht.

LKA

Das Landeskriminalamt (LKA) wird von der lokalen Ausländerbehörde über eine Abschiebung informiert und ist für Folgendes verantwortlich: (1) Das LKA bucht die Flüge für die Abschiebung. (2) Es entscheidet über die Gewalt-Strategie während der Abschiebung: Wie viel Drohpotenzial muss aufgefahren werden? Wie viele und welche Polizeieinheiten müssen bei der Verschleppung aus der Wohnung, beim Zwang ins Flugzeug und zur „Ruhigstellung" - sprich Knebelung und Fesselung - während des Flugs dabei sein? (3) Das LKA beschäftigt spezielle und gut honorierte Vertragsärzt_innen für Abschiebungen, die für Geld zweifelhafte Bescheinigungen über den Gesundheitszustand von Menschen ausstellen oder für die „medizinische Absicherung" auch mal jemanden mit einer Spritze für den Flug oder den Transport „ruhig stellen".

wärts […]: Der Ausländer kann abgeschoben werden, wenn er sich ‚lästig macht', ‚unliebsam', ‚unerwünscht' ist."
1925: Das preußische Innenministerium veranlasst die Abschiebung von 50.000 Saisonsarbeiter_innen aus Galizien und Russland. Sie wurden in den Jahren zuvor während der Saison in Deutschland geduldet und außerhalb der

Amtsgericht

Das Amtsgericht ist verantwortlich für die Inhaftierung von Menschen in der sogenannten Abschiebehaft. Dafür stellt je nach Zuständigkeit entweder die lokale Ausländerbehörde oder die LAB NI den Antrag auf Inhaftierung beim Amtsgericht. Ein_e Richter_in entscheidet über die Inhaftierung.

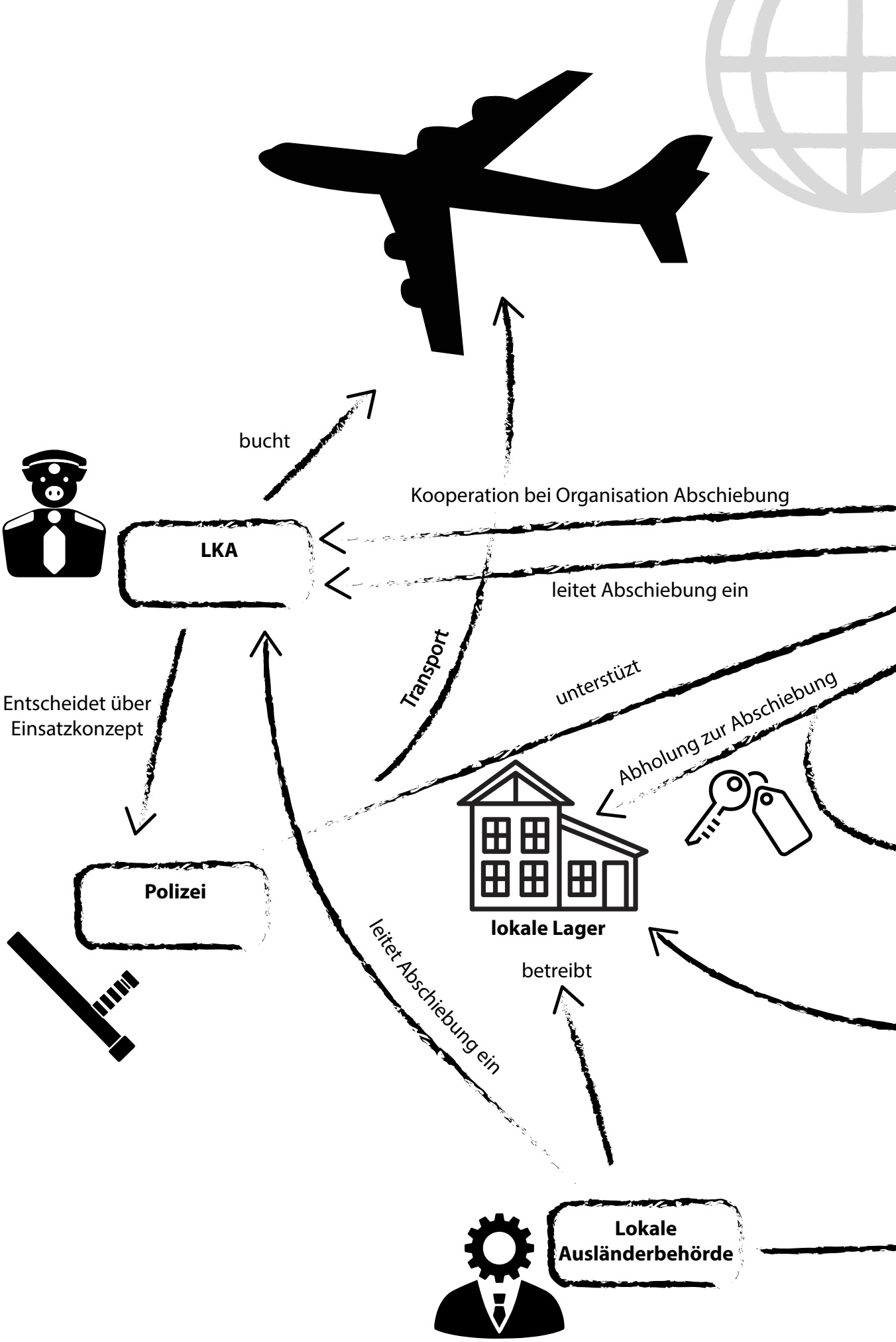
Polizei

Auch die Polizei ist aktiv an der Verschleppung von Menschen beteiligt. Auf Antrag der LAB NI ist die Polizei als Vollzugshilfe bei der Abholung an der Wohnung dabei, transportiert Menschen über Bundeslandgrenzen und ist für die Abschiebung am Flughafen zuständig. Zudem mehren sich Berichte von meist illegalem Polizeigewahrsam vor einer Abschiebung oder vor der Beantragung von Abschiebehaft.

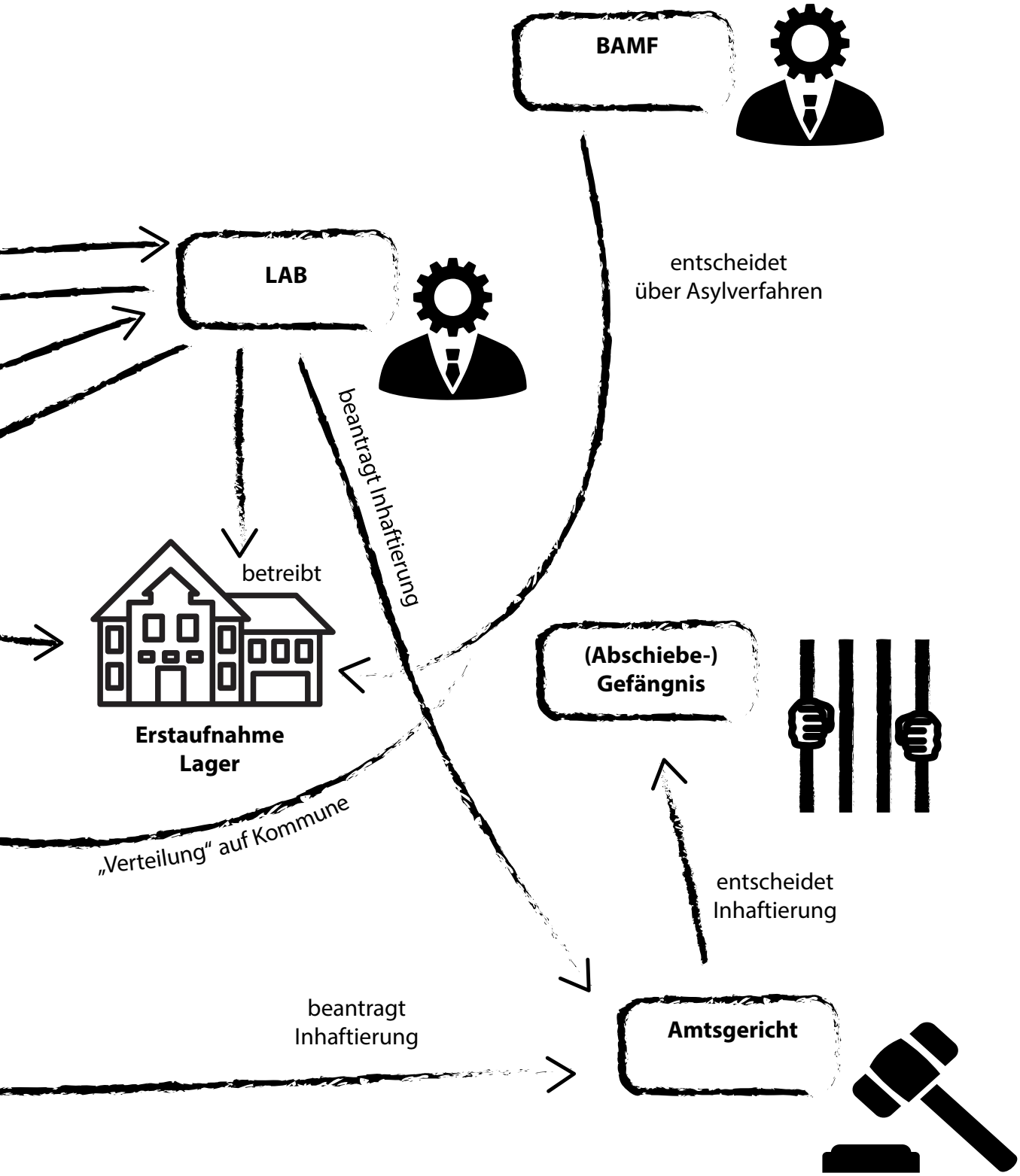
„Sichere" Herkunftsländer
Länder, die Deutschland für sicher erklärt, sodass Menschen aus diesen Ländern sehr schwere Chancen auf einen Schutzstatus in Deutschland haben. „Sichere Herkunftsländer" werden vom Deutschen Bundestag per Gesetz festgelegt.

Aktivist_innen versuchen die Abschiebung von Willard Gondo aus der Göttinger Polizeiwache am 24. Mai 2018 zu blockieren
Bild: Links Unten Göttingen

Saison wieder zur Ausreise gezwungen. Im Falle von Streiks werden sie als sogenannte lästige Ausländer abgeschoben. Während des Ersten Weltkriegs werden sie zur Arbeit gezwungen und dürfen Deutschland nicht verlassen.
14. Juli 1933: Die deutschen FaschistInnen beschließen das „Gesetz über den Widerruf von Einbürgerung und die



Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit.“ Damit wurden zehntausende sogenannte „Ostjuden“, die nach 1919 die deutsche Staatsbürger_innenschaft bekommen haben, wieder ausgebürgert und abgeschoben. Außerdem werden als Volksverräter_innen geltende deutsche Staatsangehörige im Ausland ausgebürgert. **1933:** Der Reichs-



innenminister Wilhelm Frick gibt einen Runderlass heraus. Er fordert die Länderregierungen auf zur: „*Einleitung einer bewußt völkischen Politik […] gegen Ausländer ostjüdischer Nationalität, die sich unbefugt im Inland aufhalten, im Rahmen der bestehenden Gesetze und Staatsverträge mit Ausweisungsmaßnahmen vorzugehen.*“ **5. Februar 1934:**

Bürokratie oder die Banalität des Bösen in der Ausländerbehörde

Der deutsche Staat zerrt immer wieder Menschen nachts aus ihren Wohnungen und verschleppt sie mit Gewalt an Orte, an denen sie nicht sein wollen. Organisiert wird das unter anderem von den lokalen Ausländerbehörden. Die Mitarbeiter_innen entscheiden über die Zukunft von Menschen – tagein tagaus. Sie wenden sich an das LKA und die Polizei und organisieren Abschiebungen. Während die Gewalt von Neonazis an Menschen gesellschaftlich als Gewalt verstanden wird, ist die tagtägliche strukturelle Gewalt, der migrantische Menschen in der Ausländerbehörde ausgesetzt sind, eher unsichtbar und wird von vielen in der Gesellschaft akzeptiert. Nicht wenige sehen sie sogar als notwendige Durchsetzung von „Recht und Ordnung" an. Warum? Sollte uns nicht spätestens der Blick in die Geschichte lehren, wozu es führen kann, wenn Menschen gehorsam und „pflichtbewusst" ihren Dienst tun und dabei die Verantwortung für ihr Handeln abgeben? Wofür lässt sich so eine allgemeine „Verantwortungslosigkeit", je nach historischem Zeitpunkt in unterschiedlicher Art, einspannen? Werfen wir einen Blick zurück auf den mordenden bürokratischen Apparat im deutschen Faschismus und reflektieren, was wir daraus im Bezug auf Abschiebungen lernen können.

Demonstration von Sinti_zze und Rom_nja vor dem Bundeskriminalamt am 28.1.1983

Nur ein Job?

Die Mitarbeiter_innen der Ausländerbehörde sind persönlich dafür verantwortlich, Menschen zu verschleppen, sie ihrer Lebensgrundlage zu berauben und sogar ihren Tod in Kauf zu nehmen (siehe Fallkasten Gani Rama S. 15). Dafür werden sie bezahlt. Sie leiten ganz konkret die Abschiebungen ein. Das heißt, sie entscheiden darüber, ob eine Duldung verlängert oder ein Mensch abgeschoben wird. So unmoralisch das für uns von außen zurecht erscheint, so ist dieses Vorgehen für die meisten Abschiebe-Bürokrat_innen tatsächlich ein sehr nüchterner Vorgang: Die Entscheidung, einen Menschen gewaltvoll aus dem Zuhause verschleppen zu lassen, wird quasi mit dem gleichen Stempel getroffen, mit dem auch bei der Kfz-Zulassungsstelle ein neues Auto zugelassen wird.
Schon die jüdische Philosophin Hannah Arendt (1906-1975) kam zu dem Schluss, dass „das Böse" so banal ist, weil es gehorcht, anstatt sich der moralischen Verantwortung zu stellen. Der SS- Obersturmbannführer und Massenmörder Otto Adolf Eichmann wurde im Eichmann-Prozess (April-Dezember 1961 in Jerusalem) zum Tode verurteilt, weil er die Verfolgung, Vertreibung und Deportation von Jüdinnen_Juden im deutschen Faschismus organisierte. Hannah Arendt begleitete als Journalistin den Prozess und fällte ein moralisches Urteil über jenen bürokratischen Massenmörder. Sie urteilte, dass "unerbitterliche Pflichttreue" und „Gesetzesloyalität" mehr Unheil anzurichten wissen, als Boshaftigkeit – eben die Banalität des Bösen. Eichmann hatte im Laufe des Prozesses immer wieder betont, gewissenhaft seinen Job gemacht und „nicht nur Befehlen gehorcht", sondern das „Gesetz befolgt" zu haben. Hannah Arendt schlussfolgerte, dass der deutsche Faschismus ein System geschaffen habe, in dem Personen anderen Menschen mit einer Systematik Schaden zufügen konnten, ohne dabei mit dem eigenen Gewissen in Konflikt zu kommen. In der Beobachtung Eichmanns und seiner Haltung bemerkt Arendt *„dass nicht der Befehl, sondern das Gesetz sie alle zu Verbrechern gemacht hatte."* Denn das Gesetz der Na-

Innenminister Frick erlässt die Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit: *„es gibt nur noch die deutsche Staatsbürgerschaft"* und nicht mehr die der Länder. Die erste einheitliche deutsche Staatsbürgerschaft entsteht. **23. März 1934:** Die Nazis erlassen das „Gesetz über Reichsverweisungen", das Abschiebungen regelt. **9. Februar 1935:**

zis verlangte, dass *„die Stimme des Gewissens jedermann sage: ‚Du sollst töten'"*.
Auch Zygmunt Bauman, ein weiterer jüdischer Überlebender der Shoah, mahnt uns noch heute, Lehren aus dem bürokratisch organisierten Massenmord zu ziehen. Als Soziologe warnt er vor der tödlichen Entmenschlichung, die mit der bürokratischen Organisation einhergehen kann. Ihm zufolge konnte der Holocaust nur stattfinden, weil faschistische Ideologie mit einem modernen bürokratischen Apparat zusammen kam. Dieser erschreckend effiziente Apparat wurde auf die Verfolgung und spätere Vernichtung von Menschen ausgerichtet. Bauman sieht eine Gefahr darin, dass Menschen bei bürokratischen Vorgängen zu Nummern, Akten und Fällen werden. Dies ist ein Schritt auf dem Weg zur Entmenschlichung. Diese Entmenschlichung in Kombination mit einer antisemitischen und rassistischen Weltanschauung machte es möglich, dass Personen durch bürokratische Prozesse als weniger wert bis hin zu wertlos abstempelt wurden. So konnten Bürokrat_innen aktiv an der Vernichtung beteiligt sein, ohne dass jede_r selbst den Abzug drücken musste. Viele hatten lediglich Stempel oder Stift als Waffe in der Hand.

Einen weiteren Baustein des bürokratischen Bösen im deutschen Faschismus sieht Bauman in der funktionalen Aufgabenteilung von Prozessen. Die Prozesse der faschistischen Vernichtungsmaschinerie waren akribisch in einzelne Arbeitsschritte und Aufgaben aufgeteilt. Somit war es für viele möglich, sich auf den eigenen Auftrag zu konzentrieren und zu behaupten, das große Ganze nicht überblicken zu können, selbst ja direkt nicht gemordet zu haben und somit unschuldig zu sein. So wurde scheinbar die Verantwortung für Verfolgung und Vernichtung zerstreut und auf diverse Schultern verteilt. Die eigene Arbeitsaufgabe wurde zum Selbstzweck. Was sie bewirkt, rückte dabei in den Hintergrund. Jede_r einzelne konnte beteuern, ja „besten Gewissens nur den Job gemacht" und „gehorcht zu haben" und selbst nicht TäterIn, sondern nur ein kleines unwichtiges Zahnrädchen im (mordenden) Apparat gewesen zu sein. Nur so war nach Bauman die Ermordung und Vernichtung so effektiv möglich.
Viele der Überlegungen von Arendt und Bauman über die Rolle der Bürokratie im Holocaust sind auch im Hinblick auf historische und gegenwärtige Abschiebungen interessant.
Entmenschlichende Sprache und funktionale Arbeitsteilung sind in der aktuellen deutschen Bürokratie fest verankert. Dass Sprache Gewalt ist und einen elementaren Teil zur Entmenschlichung beiträgt, wird bei Abschiebungen allzu deutlich: Hier werden Menschen zu Flüchtlingen und Nummern, ihre Lebensgeschichten zu Akten und Anträgen, Abschiebungen zu sogenannten Rückführungen und Vertreibung zur „freiwilligen Rückkehr". In all diesen Bezeichnungen werden staatliche Gewaltakte unsichtbar gemacht und die Menschen, an welchen sie verübt werden, entmenschlicht. Auch die funktionale Arbeitsteilung im Abschiebeprozess ist deutlich: Die eine setzt den Stempel, der andere organisiert den Flug, eine besorgt den Schlüssel, jemand holt wen aus einer Wohnung ab, worüber aber wiederum eine andere geurteilt hat.
Für die Beamt_innen der Abschiebebehörden zählt innerhalb ihres Aufgabenbereiches die möglichst reibungslose Durchführung und Effizienz. Hinter den Akten verschwinden Menschen und ihre Lebensperspektiven und die staatliche Devise lautet, mehr Abschiebungen durchzusetzen.
Die Mahnungen von Überlebenden wie Hannah Arendt und Zygmunt Bauman werden umso dringlicher, da durch das bürokratische Organisieren von Abschiebungen sichergestellt werden soll, wer aufgrund von rassistischen Zuschreibungen und Ideen ein Leben in Deutschland führen darf und wer sich hier nicht aufhalten darf. Der Apparat von Ausländerbehörden und Co ist damit auf ein bestimmtes Ziel ausgerichtet. Es zählt also nicht, sich individuell aus der Verantwortung zu stehlen, weil es in Deutschland „ein Job ist", Menschen abzuschieben. Auch Stempel und Stift können nach wie vor indirekte Mordwaffen sein. Wer das Denken über Recht und Unrecht abgibt und stumpfe bürokratische Vorgänge abarbeitet, ist eine Gefahr für die Menschlichkeit. Wer abschiebt, ist für die Gewalt verantwortlich – egal ob mit Knebel oder Kugelschreiber. Wer rassistische Ideen umsetzt, ist Rassist_in – egal ob aus eigener Motivation heraus oder auf Anweisung. Das verantwortungslose Handeln, das achselzuckende „ich kann nichts dafür", kann keiner_m Mitarbeiter_in einer Ausländerbehörde moralisch durchgehen gelassen werden: Ein rassistisches System wird von denen getragen, die es tagtäglich durchführen. Wer abschiebt, ist persönlich für die Konsequenzen verantwortlich.

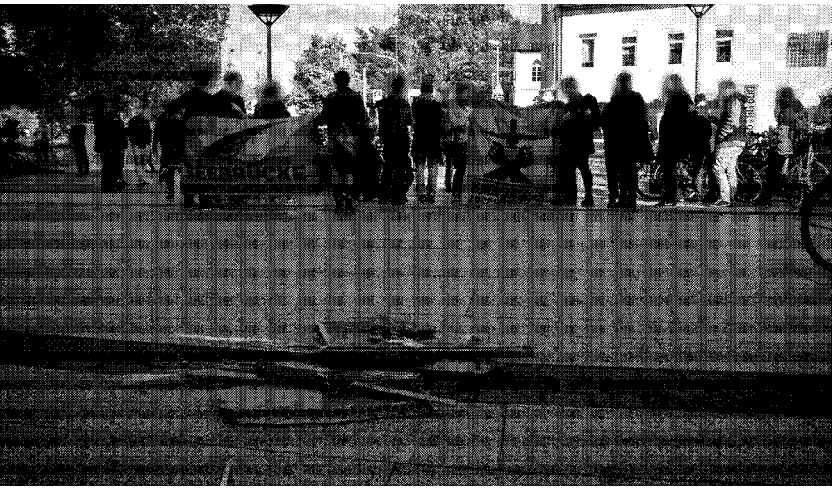
Reichinnenministerium Erlass, alle zurückkehrenden Emigrant_innen werden in KZs verschleppt. **15. September 1935:** In dem „Reichsbürgergesetz" der Nürnberger Gesetze wird das „Rasseprinzip" in das Staatsangehörigkeitsrecht eingefügt. Mit diesem Gesetz besitzen Jüd_innen und Juden sowie Sinti_zze und Rom_nja zwar weiterhin die

Im Zweifel mit Repression: Brutalisierung des rassistischen Staates

Worüber die Mitarbeiter_innen in Ausländerbehörden tagtäglich entscheiden, sind keine Kraftfahrzeuge, sondern Menschen und deren Leben. Menschen sind im echten Leben keine Aktendeckel, als die sie in der nüchternen Bürokratie abgehandelt werden. Die Entscheidungen der Mitarbeiter_innen der Ausländerbehörden haben Auswirkungen auf die Lebensperspektiven dieser Menschen: wo sie wohnen können; wie und wovon sie sich finanzieren können; mit wem sie überhaupt eine Chance haben, Kontakt aufbauen zu können – bis hin zu der Frage, ob sie sich verstecken müssen oder ob sie überhaupt noch ihr Leben in ihrem gewohnten zu Hause fortsetzen können, oder in ein völlig anderes Land verschleppt werden. Kein Mensch wird diese Eingriffe in das persönliche Leben einfach nur passiv hinnehmen können. Menschen gestalten ihr Leben aktiv, statt es sich von einer Behörde diktieren zu lassen. Für diejenigen, die derart von der Bürokratie „verwaltet" werden sollen, bedeutet das, dass sie dabei automatisch in Konflikt mit der staatlichen Ordnung kommen. Das heißt, Menschen werden sich wehren, wenn ihr Leben als Aktendeckel „verwaltet" wird. Aktiv, im echten Leben, außerhalb der Behörde.

Vom Staat und seinen Mitarbeiter_innen wird solch eine Widerständigkeit als Störung aufgefasst. Das Menschliche, das echte Leben, irritiert den formalen Ablauf der Bürokratie. Die Ausländerbehörde schließt die Türen ab und lässt sich von privaten Sicherheitsdiensten bewachen, um sich von denjenigen abzuschotten, über deren Leben sie drinnen am Schreibtisch entscheiden.

Trümmer der eingeschlagenen Tür vorm Göttinger Rathaus nach einer versuchten Abschiebung im Rosenwinkel am 14. Oktober 2019
Bild: Links Unten Göttingen



Den Fuß in der richtigen Tür

Am 3. November 2014 verhindern in Göttingen 120 Menschen die Abschiebung einer somalischen Familie aus dem Maschmühlenweg. Die Polizei versucht angesichts der Menge vor dem Haus gar nicht erst, die Abschiebung durchzusetzen. Anschließend gehen verschiedene Unterstützer_innen gemeinsam ins Rathaus, um dort die ausstehenden Sozialleistungen für die Familie abzuholen. Die Leistungen wurden wegen der angekündigten Abschiebung nicht mehr ausgezahlt. Vor dem Flur der zuständigen Behörde sind in dem öffentlichen Gebäude verschlossene Türen. Die Unterstützer_innen drängen sich davor. Die Mitarbeiter_innen reagieren nicht auf das Anliegen. Sie wollen möglichst alle wegschicken, weil sie sich anscheinend gestört fühlen. Ein Aktivist soll seinen Fuß in der Tür stehen gehabt haben, als eine der Mitarbeiter_innen sich lieber darum kümmerte „Ordnung auf dem Flur zu schaffen", anstatt das ausstehende Geld auszuzahlen. Eine antirassistische Unterstützungsstruktur bekommt einige Tage später einen Brief von der Stadt Göttingen: die Mitarbeiter_innen sollen sich wegen der großen Menschenmenge bedroht gefühlt haben. Der Aktivist, dessen Fuß wohl zum richtigen Zeitpunkt an der richtigen Stelle platziert gewesen sein sollte, erhält eine Anzeige wegen Nötigung.

Im Zweifel reagiert der Staat also mit offener Gewalt und Repression, um das „leise", aber gewalttätige Programm der Bürokratie durchzusetzen. Die Gewalt wird nicht nur durch die Security in der Behörde, den Rammbock oder die gepanzerten Polizist_innen in Kinderzimmern bei Abschiebungen sichtbar. Sie wird auch durch eine zunehmende Verrohung und Brutalisierung des Staates und seiner rassistischen Mittel sichtbar, die wir in den letzten Jahren vermehrt wahrnehmen können. Insgesamt werden staatliche Gewaltinstrumente immer autoritärer in Form gebracht, um die Widerständigkeit der Menschen, die sich nicht durch die formalen Abläufe der Bürokratie kontrollieren

Staatsangehörigkeit, jedoch nicht die Reichsbürgerschaft. Das bedeutet, dass sie de facto keine bürgerlichen Rechte haben. **22. August 1938:** Die Ausländerpolizeiverordnung liefert quasi jede Begründung für eine Abschiebung und koppelt den Aufenthalt daran, dass Personen *„nach ihrer Persönlichkeit (…) „der Gastfreundschaft würdig"*

lassen wollen, brutal in die Bahnen des rassistischen Willens zu pressen. Neben den Bemühungen des deutschen Staates, mit repressiven Mitteln gegen Widerstand gegen Abschiebungen vorzugehen, wissen wir von Genoss_innen ohne deutschen Pass, dass das institutionalisierte rassistische System selbst schon eine repressive Wirkung hat. Der unsichere Aufenthaltstitel und die drohende Gefahr der nicht-Verlängerung des Aufenthalts dient dem deutschen Staat als Druckmittel, um Menschen in ihrem politischen Widerstand gegen Rassismus, Abschiebungen, Kriege, Neonazis und andere Ungerechtigkeiten zu hindern.

Rosenwinkel – Vom Rammbock aus dem Schlaf gerissen

Nachts um 4:30 Uhr fahren am 14. Oktober 2019 einige Wannen in Göttingen im Rosenwinkel vor. 30 vermummte Polizist_innen stürmen in ein Wohnhaus, um einen 18-Jährigen von seiner Familie zu trennen und in den Kosovo zu verschleppen. Die Familie lebt seit 20 Jahren in Göttingen. Einige der Kinder sind hier in der Stadt geboren. Die Göttinger_innen schafften es die Tür zu verbarrikadieren, so dass sich die Polizei selbst mit Hilfe eines Rammbocks keinen Zutritt zur Wohnung verschaffen konnte. Eine Frau, die sich in der Wohnung befand, wurde durch das martialische Vorgehen der Abschiebebeamt_innen verletzt. „Wir sind alle psychisch am Ende, das war ein Überfall, wir haben alle ein Trauma. Das war Aggressivität vom Feinsten," sagte einer der Betroffenen später. Die Beamt_innen brachen den Überfall ab und verschwanden, bevor solidarische Menschen ankamen, wohl wissend für welches Entsetzen ihr Auftreten bei Nachbar_innen sorgen würde. Am Morgen danach wurden bei einer Kundgebung die Splitter der zerschlagenen Tür vor die Tore des Rathauses geschmettert.

Eingebettet in einen autoritären Staatsumbau findet eine Verschiebung des Sagbaren in der Sprache und damit einhergehend eine Verschiebung der realen Gewalt im staatlichen Handeln statt. Während es vor ein paar Jahren noch Empörung ausgelöst hat, wenn Frauke Petry von der AfD davon gesprochen hat, dass an der Grenze auch auf Familien geschossen werden sollte, starb im März 2019 am griechisch-türkischen Grenzfluss Evros unter anderen Muhammed Gulzar tatsächlich durch einen Schuss aus Richtung Europa. Einen Tag vorher flog die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) mit dem Hubschrauber genau über diese Grenze und dankte in der Presse Griechenland dafür, der „Schild Europas" zu sein.

Es sind gerade Geflüchtete selbst, die immer wieder solidarisch Seite an Seite stehen, um die Abschiebung einer Person zu verhindern und dabei selbst in Kauf nehmen, in die Mühlen der rassistischen Justiz zu geraten. Weil sich der Staat mit seinen rassistischen Gesetzen eine besondere Handhabe schafft, gehen gerade diese Menschen ein besonderes Risiko ein, wenn sie sich für sich selbst oder für andere einsetzen oder sich zur Wehr setzen. Von Polizei und Behörden werden sie danach oft als „Querulant_innen" behandelt. Als solche bekommen sie dann mehr die Gängelungen in den Behörden ab. Und ihnen droht eben nicht nur die Kriminalisierung durch das Strafrecht, sondern im Zweifel ihnen auch die Abschiebung als „straffällige Ausländer." droht. Bei der allgemeinen Aufrüstung der Polizei, der Verabschiedung neuer Polizeigesetze in unterschiedlichsten Bundesländern und der Verschärfung des Strafrechts an verschiedenen Stellen, sind davon auch und vor allem diejenigen,

Abschiebung vor dem Rathaus

Djaffars legalisierter Aufenthalt basiert seit einiger Zeit nur noch auf Kettenduldungen. Er muss regelmäßig ins Göttinger Neue Rathaus, um seine Duldung verlängern zu lassen oder zum Sozialamt zu gehen. Weil dies Pflichttermine sind, die die Stadt Geflüchteten aufzwingt, hat die Verwaltung versprochen, aus ihren Räumen keine Abschiebungen durchzuführen. Am 8. Mai 2019 muss Djaffar morgens wieder zu einem Termin ins Rathaus. Vor dem Eingang passen ihn zwei Polizisten in Zivil ab. Sie haben ein Foto von Djaffar dabei, anhand dessen sie ihn erkennen. Die Polizei nimmt ihn sofort in Gewahrsam und leitet seine Abschiebung ein. Er darf nicht einmal mehr nach Hause und seine Sachen packen, sondern wird direkt in ein Auto Richtung Frankfurter Flughafen gesetzt. Antirassistische Aktivist_innen versuchen in Frankfurt noch die Fluggesellschaft zu überzeugen, Djaffar nicht auszufliegen. Aber es ist zu spät, noch am gleichen Tag wird er nach Algerien verschleppt. Am darauf folgenden Tag findet eine wütende Demonstration vor dem Neuen Rathaus in Göttingen statt.

seien. Abschiebungen können willkürlich erfolgen, wenn *„die Belange des Reichs gefährdet würden"* oder wenn eine Person *„im Reichsgebiet bettelt, als Landstreicher, als Zi. oder nach Zi.art umherzieht, der Gewerbsunzucht nachgeht oder sich als arbeitsscheu erweist."* 28.-29. Oktober **1938:** In der sogenannten „Polenaktion" werden zehntausende

die ohnehin von rassistischen Gesetzen betroffen sind und sich mit einer rassistischen Bürokratie herum schlagen müssen, auch noch von repressiven Mitteln des Staates besonders betroffen.
Nicht nur die von Abschiebung betroffenen Menschen wehren sich gegen rassistische Praxis. Auch andere schauen nicht passiv dabei zu, wie manchen Menschen in dieser Gesellschaft der Zugang zu einem guten Leben verwehrt wird. Freund_innen, Kolleg_innen, Mitschüler_innen, Mitbewohner_innen und Nachbar_innen involvieren sich in die aktiven Kämpfe um Bleiberecht und Zugänge und versuchen die Betroffenen dabei zu unterstützen. Auch Repression ist daher breit angelegt und zielt nicht nur auf die, die abgeschoben werden sollen, sondern auch auf Unterstützer_innen gegen Abschiebungen. Dies können sowohl andere Geflüchtete in ähnlichen Situationen als auch Menschen mit sicherem Aufenthaltsstatus sein. In Nürnberg versuchten 2017 Schüler_innen die Abschiebung eines Mitschülers zu verhindern. Im Anschluss daran suchte die Polizei nach einer jungen Frau per Öffentlichkeitsfahndung, weil jemand eine leere Plastikflasche geworfen haben soll. Die Abschiebegegner_innen wurden mit Gerichtsverfahren und Geldstrafen verfolgt. Ein anderes Beispiel ist Ellwangen 2018, als Geflüchtete sich gemeinsam gegen die Abholung einer Person aus ihrem Lager wehrten. Im Nachgang kam es zu Strafverfahren und Abschiebungen. Auch in Göttingen werden Abschiebegegner_innen mit Gerichtsprozessen und Strafen überzogen. So gab es nach der verhinderten Abschiebung 2014 zahlreiche Gerichtsprozesse wegen scheinbar unpolitischer Bagatelldelikte. Auch nach dem Protest gegen die rechtswidrige Abschiebung von Willard im Jahr 2018 wurden Abschiebegegner_innen wegen politischer Delikte wie „Widerstand" angezeigt. Kriminalisierungen durch diesen Vorwurf, sich gegen staatliche Gewalt zu wehren, sind dabei leider gängige Praxis der Polizei. Kriminalisierungen von Widerstand gegen Abschiebungen sollen einschüchtern und Widerstand brechen. Dennoch gibt es eine breite Solidarität von antifaschistischen und antirassistischen Kräften, die sich Ausgrenzung und Abschottung immer wieder entgegen stellen.
Die Verschränkung von rassistischer, staatlicher Ausgrenzung und repressiven, brutalen Mitteln eines autoritärer werdenden Staats wird nicht nur im Inneren der BRD sichtbar. Besonders offenkundig lässt sie sich, wie das Beispiel der Schüsse am Evros schon gezeigt hat, auch an der Abschottung der EU-Außengrenzen beobachten. Dort reagieren die EU-Staaten und ihre gemeinsamen Institutionen mit einer Brutalisierung und einer zunehmenden Militarisierung der Abschottung: durch brutale Push-Backs durch FRONTEX und nationale Grenzpolizei, durch die Aufrüstung von Grenzanlagen, die Entwicklung von sogenannten „smart borders" und durch das aktive Sterben-lassen auf dem Meer – oder eben inzwischen auch durch Schüsse an den Grenzen. Die internationale, rassistische Abschottung und die Kontrolle von Bewegungsfreiheit hat dabei eine eigene, lange Vorgeschichte.

Neuer Weg – Hundebisse und Schlagstöcke
Am 10. April 2014 blockierten 50 Aktivist_innen in Göttingen das Treppenhaus eines Hauses im Neuen Weg, um die Abschiebung eines Göttingers nach Italien zu verhindern. Die Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE) der Polizei stieg daraufhin durch das Fenster eines Kinderzimmers im Parterre ein. Sie prügelten sich mit Schlagstöcken, Tritten und Pfefferspray durch das blockierte Treppenhaus. Durch das brutale Vorgehen wurde ein Mensch bewusstlos. Vor dem Haus setzte die Polizei aggressive Hunde gegen solidarische Menschen ein. Drei Personen wurden durch Hundebisse verletzt. Dank der Solidarität konnte die Abschiebung vorerst verhindert werden. Später werden, an Stelle der prügelnden Polizei, verschiedene Aktivist_innen vor Gericht gestellt.

Willard Gondo – verraten und abgeschoben
Am 24. Mai 2018 hielt Pascal Comte, damals DRK-Leiter der Massenunterkunft Siekhöhe in Göttingen, Willard Gondo in dem Lager Siekhöhe unter einem Vorwand fest. Er rief die Polizei, die schon länger auf der Suche nach Willard war, um ihn abzuschieben. Sie kam und nahm ihn rechtswidrigerweise in Haft und setzte ihn für einige Stunden in der Göttinger Polizeiwache fest. 150 solidarische Menschen blockierten daraufhin für einige Stunden die Ausgänge der Wache. Trotzdem transportierte die Polizei Willard nach Berlin in einen Abschiebeknast, von wo aus er wenig später nach Oslo abgeschoben wurde. Im Nachgang hagelte es Repressionsverfahren gegen Unterstützer_innen.

sogenannte „Ostjuden" in Konzentrationslager interniert, um dann von da aus abgeschoben werden zu können.
9. November 1938: Anschließend an die Reichspogromnacht findet eine „Massenausweisung" von circa 17.000 polnischen Jüd_innen und Juden statt.

Globale Kontrolle von Bewegungsfreiheit

Wir wollen uns nun in eine Vogelperspektive begeben. Im Folgenden geht es um die Festung Europa und die globale Kontrolle von Bewegungsfreiheit, die wir in einen historischen Zusammenhang mit der globalen Ordnung stellen. Damit wollen wir zeigen, wie die Macht- und Herrschaftsverhältnisse im internationalen Maßstab diese Kontrolle mit einschließen – und wie diese so geworden sind, wie sie gerade sind. Die Idee von „Völkern" mit einer vermeintlichen „Reinheit", die zu bestimmten Territorien gehören würden, existiert nicht nur in Deutschland. Genauso wenig findet sich die *weiße* Vorherrschaft, die unter anderem über restriktive Migrations- und Asylgesetze und Abschiebungen umgesetzt wird, ausschließlich in Deutschland. Hinter diesen Ideen steht eine ganze Weltordnung, deren Ursprünge sich bis in den Kolonialismus zurückverfolgen lassen.

In der über 500-jährigen Kolonialgeschichte hat die westliche Welt nahezu alle Regionen auf dem Globus „unterworfen" und die dort lebenden Menschen ausgebeutet, zum Teil versklavt und ermordet. Europäische Kolonialstaaten wie Großbritannien, Frankreich, Deutschland, die Niederlande, Spanien, Dänemark, Portugal und Italien teilten sich die Welt durch Kriege oder in Konferenzen untereinander auf. Ein Beispiel ist die Berlin Konferenz im Jahre 1885, auf der per Lineal auf der Weltkarte vorgegangen wurde. Diese Spuren sehen wir heute nach wie vor besonders deutlich an den Formen der Nationalstaaten auf dem afrikanischen Kontinent.

Ideologisch geht mit der Kolonisierung eine besondere Wissensproduktion einher. „Wissensproduktion" ist dabei für uns ein kritischer Begriff, der nicht meint, dass neue Erkenntnisse für die Menschheit gewonnen wurden, sondern dass es eine Produktion von Wissen aus einer speziellen Machtposition heraus gibt, mit der festgestellt wird, was als „allgemein anerkannt" oder „wahr" gilt. In diesem Prozess wurden z.B. Menschen zu biologisch voneinander abgegrenzten „Völkern" und diesen „Völkern" wurden gleichzeitig bestimmte Fähigkeiten und Eigenschaften zugeschrieben. Diese sind hierarchisch geordnet, so dass manche „Völker" als weniger „zivilisiert" und somit auch als weniger wert gelten. Diese rassistische Ideologie diente dazu, eine Weltordnung der Ausbeutung und Unterdrückung zu legitimieren, in denen die Kolonisator_innen über die Leben der Menschen in den Kolonien bestimmten. Antikoloniale Befreiungsbewegungen stellten und stellen diese Weltordnung in Frage. Sie kämpften für die Unabhängigkeit und erreichten diese auch in vielen blutigen Kämpfen und Auseinandersetzungen formal.

Dennoch ist die ungleiche Verteilung von Ressourcen, Bewegungsfreiheit und Einfluss auf der Welt längst nicht überwunden. Die westlichen Staaten versuchen mit allen Mitteln, ihre Einflusssphären aufrechtzuerhalten. Dies geschieht zum Beispiel getarnt als Entwicklungshilfe oder durch verbrecherische westliche Unternehmen. Die westlichen Gesellschaften profitieren nach wie vor von ihrer eigenen Geschichte als Kolonisator_innen. Diese Langzeitfolgen des Kolonialismus können als Post-Kolonialismus bezeichnet werden.

Im „March of Hope" gehen tausende People on the Move ab dem 5.9.2015 von Budapest aus los und erzwingen Grenzöffnungen zu Österreich und Deutschland

Eine wesentliche Dimension des Post-Kolonialismus ist die Kontrolle der Bewegung von Menschen über den Globus. Menschen sollen dort gehalten oder dorthin kanalisiert werden, wo es den Interessen der herrschenden Ordnung entspricht. Dies geschieht auch durch Fomalitäten: Menschen mit einem deutschen Pass konnten laut Henley Passport Index 2020 in 189 Staaten einreisen, ohne vorher ein Visum beantragen zu müssen. Menschen mit einem spanischen Pass können in 187 Staaten visumsfrei einreisen; Menschen mit französischem Pass in 186 Staaten. Mit einem Pass aus Somalia können Menschen dagegen nur in 32 Staaten visumsfrei einreisen; mit einem Pass aus Afghanistan nur in 26 Staaten.

20. Januar 1942: Auf der Wannseekonferenz wird von den deutschen FaschistInnen die Vertreibungspolitik durch den Plan der systematischen Vernichtung abgelöst. Im deutschen Faschismus werden Jüd_innen und Juden sowie Sinti_zze und Rom_nja systematisch ermordet.

Festung Europa: Über die Aufrechterhaltung einer post-kolonialen Weltordnung

Europa spielt in der Kontrolle der ungleich verteilten Bewegungsfreiheit und der Aufrechterhaltung einer post-kolonialen Weltordnung eine relevante Rolle: Schon lange arbeiten neoliberale und rechtskonservative Kräfte am Ausbau der „Festung Europa“ und der Kontrolle von Migrationsbewegungen, Warenfluss, Arbeitskräften und Ressourcenverteilung auf dem ganzen Globus.

Seit den 1990er Jahren wird auf europäischer Ebene, maßgeblich von den Kernstaaten Frankreich, Großbritannien und Deutschland, eine einheitliche europäische Migrationspolitik vorangetrieben. Diese Politik zielt auf Abschottung. Diese europäische Abschottung lässt sich mit dem Bild einer Festung beschreiben, die durch unterschiedliche Festungsringe abgesichert wird. Für die europäische Abschottung sorgt insbesondere der erste Festungsring: das Instrumentarium der sogenannten Dublin-Übereinkommen. Deutschland und andere Staaten aus dem Zentrum Europas haben sich das Dublin-System geschaffen, um Migration in ihre Staaten zu unterbinden. Asyl soll der Idee nach nur dort beantragt werden können, wo Menschen zum ersten Mal in Europa registriert wurden; also in den Ländern an der europäischen Außengrenze. Damit ist das Recht auf Asyl in den inneren Ländern der EU quasi abgeschafft worden. In der Praxis jedoch verweigerten „Außengrenzen“-Länder wie Griechenland, Italien und Spanien lange die systematische Registrierung von Menschen und ließen die Menschen passieren, ohne sie zu registrieren. Heute stehen auf den griechischen Inseln Hotspot-Lager-Systeme als Bollwerke im ersten Festungsring. Menschen sollen dort ihr Asylverfahren durchlaufen und erst von den Inseln entkommen können, wenn sie einen positiven Asylentscheid bekommen. Wer schlechte Aussichten auf ein Asylverfahren hat, wird direkt auf den Inseln eingeknastet, um von dort aus abgeschoben werden zu können.

People on the Move reißen den Grenzzaun zu Mazedonien ein. Idomeni, 29.2.2016

Der wohl offensichtlichste Teil der Abschottung Europas ist die tatsächliche physische Außengrenze. Sie existiert in Form von Zäunen, Panzern, Grenzbeamt_innen, bissigen Hunden, Geschützen und modernster militärischer Technologie. Diese materielle Grenze ist nichts neues: In Ceuta und Melilla, zwei spanischen Exklaven an der nordafrikanischen Küste, gibt es seit den 1990er Jahren eine sechs Meter hohe Doppelzaunanlage mit Nato-Draht und Überwachungstürmen. Diese sind inzwischen mit Wärmekameras, Bewegungs- und Geräuschmeldern ausgestattet. Spätestens seit 2015 wird mit großem Engagement am anderen Ende Europas, etwa in Griechenland, Mazedonien, Ungarn, Bulgarien und Slowenien, Europa durch Grenzanlagen weiter abgeschottet. Die Staaten sollen und wollen dafür Sorgen, dass die Migrant_innen, die nicht im Meer ertrunken sind, Europa trotzdem nicht erreichen. Für den Fall, dass Menschen das Mittelmeer überleben und es schaffen, die mörderischen Grenzanlagen zu überwinden, werden sie von prügelnden Grenzer_innen mit beißenden Hunden ausgeraubt und rechtswidrig zurückgepusht. Es fallen Schüsse an den Außengrenzen Europas, Tausende ertrinken jährlich im Mittelmeer, während die Grenzschutzagentur Frontex per Drohne zuschaut. Durch das Fortschreiten der Militarisierung der Grenzanlagen wird der physische Preis für ein Überqueren höher. Weniger Menschen ist es möglich, diese Grenzen tatsächlich zu überwinden. Immer ausdifferenziertere Technologien kommen zum Einsatz und fordern immer mehr Tote auf dem Weg nach Europa. Die EU gibt Milliarden aus, um ihren Traum der intelligenten High-Tech-Grenze zu verwirklichen. Europäische Rüstungskonzerne vermarkten ihre militärisch-mörderischen Technologien zur Migrationsbekämpfung. Vor allem Deutschland verdient daran. Hier wird ein Großteil der militärischen Technologien und Anlagen produziert.

Als weitere Bausteine der Festung hält sich Europa seine „Türsteher“ Türkei, Serbien, Mazedonien,

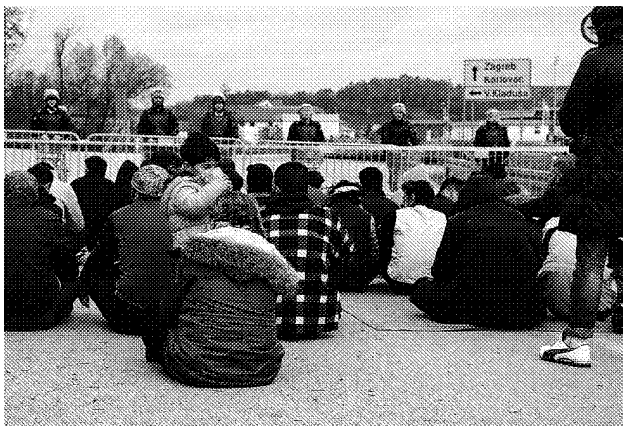
1949: Als Lehre aus dem deutschen Faschismus wird in das deutsche Grundgesetz geschrieben: „*Politisch Verfolgte genießen Asylrecht*“. **1951:** Die BRD übernimmt die Ausländerpolizeiverordnung unverändert aus dem deutschen Faschismus. Begründet wird die wörtliche Übernahme damit, dass diese nun von “*einem demokratischen Geist*

Marokko oder Libyen durch Deals und Geldflüsse warm. Diese sollen die Grenzkontrollen schon an ihren Landesgrenzen übernehmen. Der sogenannte EU-Türkei-Deal vom 18. März 2016 spülte Milliarden von Euro von der EU an die Türkei. Die Türkei sollte große Lager errichten, Menschen an der Grenze aufhalten und Personen aus den griechischen Hotspots wieder aufnehmen. Damit ging die stillschweigende Vereinbarung einher, dass die EU im Gegenzug zu Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und zum Krieg gegen die kurdische Bewegung schweigt.

Zur weiteren Schaffung von Festungsringen dienen entwicklungspolitische Programme der EU und Deutschlands. Diese werden gerne als Programme zur Bekämpfung von Fluchtursachen verkauft, bauen aber tatsächlich Strukturen zur Fluchtabwehr oder Migrationskontrolle auf. Für Geldflüsse sollen Länder Asylsysteme durchsetzen und Kontakt- und Migrationsbüros in den Herkunftsstaaten einrichten. Diese Büros sollen die Migration nach neoliberalen Wirtschaftsanforderungen schon im Heimatland vorsortieren. So flossen beispielsweise im Jahr 2017 156 Mio. Euro von der EU und verschiedenen europäischen Ländern nach Libyen; 66 Mio. Euro nach Tunesien; 14 Mio. Euro in den Sudan und 66 Mio. nach Niger. Auch Kriegsführungen wie z.B. seit 2013 in Mali, gehören zum Repertoire der westlichen und auch deutschen Migrationskontrolle, um Einfluss zu sichern. Hier überschneidet sich post-koloniale Migrationskontrolle auch mit imperialen Interessen der Einflussnahme.

Einen weiteren Kontrollring stellt ein Lagersystem rund um den Globus dar. Um diese Lager zu betreiben fließen Gelder von der EU an das UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR). In diesen Lagern werden Menschen interniert, um an ihrer Bewegungsfreiheit gehindert zu werden.

Die Festungsringe sind niemals gänzlich abgeschottet. Immer wieder erzeugt die Bewegung der Migration kleine und größere Risse in dieser Festung, durch die Menschen mehr oder weniger sichtbar hindurchkommen. Die unterschiedlichen Kräfte in Europa sind sich dabei nicht einig: Während völkisch-nationalistische Kräfte Migration aus rassistischen Gründen am liebsten völlig unterbinden würden, ist für neoliberale Kräfte, zu denen auch Angela Merkel gehört, Migration für den Erhalt von Arbeitskräften enorm wichtig. Globale Kontrolle und der Versuch der Steuerung der weltweiten Migration erfüllen einen Zweck für die post-kolonialistischen Kernstaaten im neoliberalen Kapitalismus, den man in demographischen Rechenmodellen nachlesen kann. Das wandernde „Humankapital“ ist zu einem der begehrtesten Ressourcen im globalen Wettstreit um die Sicherung des nationalen Wohlstandes und der nationalen Wettbewerbsfähigkeit geworden. Wer die internationalen Bewegungen der Migration lenken und kontrollieren kann, kann sich ein Arbeitskräftereservoir im internationalen Wohlstandsgefälle zur Verfügbarkeit schaffen. Mit diesen Ressourcen an potentiellen Arbeiter_innen kann der Bedarf an – meist billigen – Arbeitskräften jederzeit reguliert werden. Aus kapitalistischer Sicht soll Einwanderung also durchaus erfolgen, aber eben kontrolliert. Neoliberale Kräfte versuchen dieses Migrationsmangement unterschiedlich zu erreichen, z.B. durch Einwanderungsgesetze oder das kanadische Punktemodell.



People on the Move blockieren den Grenzübergang zwischen Bosnien und Kroatien. Velika Kladusa 29.10.2018

Vor diesem Hintergrund gibt es von neoliberalen Akteur_innen wie Angela Merkel oder Emmanuel Macron, die gerne als Gegenspieler_innen zu neofaschistischen und rechten europäischen Akteur_innen gehypt werden, gar kein Interesse daran, an der Festung Europa etwas aus humanitären Gründen zu ändern. Auch wenn der Zweck der Festung nicht allein aus kapitalistischen Interessen heraus abgeleitet werden kann, sondern insbesondere in seinen Verschärfungen seit 2015 rassistischen, völkisch-nationalistischen Überzeugungen folgt, ist die entstandene Festung für den Kapitalismus funktional.

Aber: So sehr sich die EU auch bemüht, ihre Außengrenzen zu schließen und so viele Festungsringe sie auch errichten mag: Grenzen sind nie absolut dicht. Die Vorstellung von der perfekten Kontrolle der globalen Bewegungsfreiheit ist eine Fiktion. Weiterhin machen sich Menschen auf den Weg und überwinden die Mauern der Festung Europa! Sie stellen damit den Herrschaftsanspruch Europas in der Welt in Frage. Dabei werfen einige von diesen Menschen alles in die Waagschale. Wie verhalten wir uns als Antifa in Deutschland zu diesen Akteur_innen?

durchdrungen sei” und “*formal-rechtlich korrekt zu Stande gekommen ist*”. **1953:** Das Ausländerzentralregister wird nach dem Vorbild der faschistischen Ausländerzentralkartei eingeführt. Es entsteht eine Datenbank über Menschen in Deutschland ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Bayern beschließt die „Landfahrerordnung“ und

Antirassistische Solidarität muss antifaschistische Praxis werden

People of Color - PoC

Der Begriff People of Color (PoC) kommt aus den USA und ist eine kollektive Selbstbezeichnung für Menschen mit unterschiedlichen Rassismuserfahrungen. Sämtliche deutsche Übersetzungen sind unpassend weil rassistisch. Der Ausdruck wird deshalb im Deutschen in seiner englischen Form verwendet. Er hilft dabei, gemeinsame Ausgrenzungserfahrungen, die von Rassismus betroffene Menschen in einer *weißen* Dominanzgesellschaft machen, zu benennen, sich Community-übergreifend zu organisieren und sich in Bündnissen zusammenzuschließen. Der Ausdruck PoC soll für *weiße* Personen nicht einen Sammelbegriff darstellen, der „politisch korrekt" erscheint und der allen von Rassismus betroffenen Menschen zugeschrieben werden kann. Menschen machen unterschiedliche Erfahrungen und wählen unterschiedliche Bezeichnungen für sich. Der Begriff sollte eine möglichst konkrete Benennungspraxis von Menschen und ihren spezifischen Erfahrungen nicht ablösen.

Black, Indigenous, People of Color - BI-PoC

Zwischen den Bezeichnungen BI-PoC und PoC gibt es Unterschiede. Das Acronym BI-PoC wird von vielen als Selbstbezeichnung für Black, Indigenous und People of Color verwendet und kommt ebenfalls aus US-amerikanischen Kontexten. Gerade im Zuge der Black-Lives-Matter-Proteste, die anlässlich des Mordes eines weißen US-amerikanischen Polizisten an dem Schwarzen George Floyd an Schlagkraft gewonnen haben, erfuhr der Begriff BI-PoC global Aufwind. Er soll sichtbar machen, dass Black People und Indigenous People spezifische systematische Rassismen erleben und sich ihre Kämpfe deshalb in Punkten von denen anderer People of Color unterscheiden. Indigenous meint indigene Gruppen und Personen, die aus solchen Regionen kommen, die kolonisiert wurden. Viele leben noch immer außerhalb der Dominanzgesellschaften und haben ihre eigenen Strukturen und politischen Kämpfe entwickelt. Gerade in den USA sind die Kämpfe von Indigenous people sehr präsent.
Kritiker_innen der Bezeichnung BI-PoC warnen auch bei diesem Acronym davor, den Begriff als Sammelbecken zu nutzen und somit spezifische Formen von Unterdrückung nicht mehr zu benennen. Eine Benennungspraxis, die so spezifisch wie möglich ist, erachten wir weiter als notwendig.

N-Wort

Das N-Wort ist eine rassistische Bezeichnung für Schwarze Menschen, das wir hier deshalb nicht ausschreiben. Allein dem Moment des Aussprechens oder Ausschreibens haftet Beleidigung und Rassismus an. Es stellt ein rassifizierendes Konzept dar, welches seine Wurzeln im Kolonialismus hat. Mit diesen Konzept und entsprechender Praxis sollte Gewalt und Versklavung in der kolonialen Weltordnung legitimiert werden. Diese Geschichte und die ebenfalls mit dem Kolonialismus verwobene abwertende Verwendung und Sprachpraxis kann das Wort niemals hinter sich lassen. Dementsprechend fordern viele Schwarze Menschen, den Begriff nicht mehr zu nutzen. Manche Schwarze Menschen benutzen das Wort in abgewandelter Formen für sich und untereinander. In diesem Fall ist das eine empowernde Aneignung eines rassistischen Begriffes. Wenn *weiße* den Begriff nutzen, ist das Rassismus.

Schwarz

Schwarz ist eine selbst gewählte Bezeichnung von Schwarzen Menschen. Sie bezeichnet keinerlei biologische Kategorie, sondern meint bestimmte geteilte Erfahrungen Schwarzer Menschen in einer *weißen* Dominanzgesellschaft. Wir schreiben Schwarz immer groß, weil dies, gerade im Kontrast zum kleingeschrieben *weiß*, ein Ausdruck von Empowerment ist.

setzt eine „Landfahrerzentrale" beim Landeskriminalamt ein. Die Zentrale führt die Verfolgungsakten aus dem deutschen Faschismus weiter und erfasst bis 1970 Fingerabdrücke, persönliche Daten und eintätowierte KZ-Nummern von Sinti_zze und Rom_nja aus der ganzen BRD. Die Leitung der Zentrale übernahm Josef Eichberger, der

weiß

Mit *weiß* meinen wir keine biologische Kategorie, sondern Menschen, die zu der Gruppe der weißen gezählt werden und aufgrund dessen eine privilegierte Rolle in der Gesellschaft innehaben. *weiß*-Sein wird oft nicht benannt, da es in *weiß* dominierten Gesellschaften als Norm gilt. Privilegien, die beispielsweise mit dem *weiß*-Sein einhergehen, sind: als Individuum zu gelten; keiner kulturellen Gruppe zugeordnet zu werden; nicht als „fremd" markiert zu werden; sich entscheiden zu können, ob und wann man sich mit Rassismus beschäftigt; die eigene Herkunft nicht erklären zu müssen; als neutral verstanden zu werden; andere kategorisieren zu können und sich dabei der eigenen Privilegien nicht mal bewusst zu sein. Wir wollen *weiß* den Norm-Boden entziehen und so die Dominanz benennen und brechen. Deshalb schreiben wir *weiß* immer klein und kursiv.

People on the Move

Der Begriff „People on the Move" bezeichnet Menschen, die sich in der Migration befinden – sich also von einem Lebensmittelpunkt wegbewegen und unterwegs zu einem neuen Ziel sind. In Abgrenzung zu Geflüchteten meint der Ausdruck Menschen, die noch unterwegs sind. Außerdem verweigert sich die Bezeichnung Einteilungen wie „Flüchtling", „Geflüchtet" oder „Migrant_in". „People on the Move" wurde als Bezeichnung im Zuge des „langen Sommers der Migration" 2015 und 2016 von vielen Menschen verwendet, die unterwegs in ihre europäischen Zielländer waren sowie von ihren Unterstützer_innen entlang der Route.

Demo „Lager auflösen", Göttingen im September 2020

Bild: Links Unten Göttingen

vorher im Reichsicherheitshauptamt (RSHA) tätig war und dort hauptverantwortlich war für die Organisation der Deportation von Menschen, die als Zi. verfolgt wurden. **1965:** Die BRD ersetzt die Ausländerpolizeiverordnung durch das Ausländergesetz. Die Dauer der Abschiebehaft wird auf ein Jahr begrenzt. Es werden formal-rechtliche

In Solidarität mit der Migration rassistische deutsche Kontinuitäten zerstören

Was bedeuten die bisherigen Analysen und Blickwinkel nun für unsere tatsächliche antifaschistische Arbeit? Unsere eigene antirassistische Praxis der letzten Jahre ist u.a. durch die Aushandlungen um die Grenzen der Festung Europa seit 2015 geprägt. In verschiedenen Fahrten 2015 und 2016 an die europäische Außengrenze haben verschiedene Genoss_innen von uns eine Kraft der Migration kennengelernt, die Grenzen niederreißt und einen politischen Kampf gegen rassistische Abschottung führt: als sich am 5. September 2015 tausende Menschen im March of Hope von Budapest auf den Weg machten und damit das Dublin-System und die europäischen Grenzen in Frage stellten; als andere am 16. September 2015 mit riots gegen die Grenzschließung Ungarns zu Serbien in Röske rebellierten; als in Idomeni im Februar und März 2016 zehntausend Leute vor dem Grenzzaun zu Mazedonien ausharrten, die erneute Abschottung Europas im Zuge des EU-Türkei-Deals nicht hinnehmen wollten und versuchten, ihre Weiterreise zu erzwingen.

Diese gemeinsamen Angriffe von People on the Move auf die Festung Europa finden seit Jahrzehnten organisiert und kraftvoll statt. Dazu gehören z.B. die kollektiven Stürme auf die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla, bei denen People on the Move in abgestimmten Aktionen zu Hunderten über Zäune kletterten und es dadurch immer wieder Menschen hinüber schafften.

Wir beschreiben diese Praxis als widerständigen Bezugspunkt, auch wenn manche Menschen ihre Migration vielleicht nicht als explizit politischen Kampf verstehen, sondern als notwendigen Schritt in der eigenen Biographie. Und dennoch, haben verschiedene Genoss_innen von uns auf Fahrten an die Außengrenzen eine politische Kraft der Migration kennengelernt. Nichtsdestotrotz haben unsere Genoss_innen an den Außengrenzen viele Menschen getroffen, denen die politische Dimension ihres eigenen Handelns absolut bewusst war und die explizit gegen ein rassistisches Abschottungs-System, Umweltzerstörung und gegen Kriege rebellierten. Manche Menschen kommen aus politischen Bewegungen. Als wir Menschen während ihrer Migration trafen und ihnen ernsthaft zuhörten, wurden aus den oft als passiv dargestellten Opfern, wie wir sie aus katastrophen-ähnlichen Bildern in den Medien kennen, plötzlich aktive und bewusst handelnde Subjekte.

In der Frage der Durchsetzung von Bewegungsfreiheit wollen wir nicht unterscheiden zwischen bewusst handelnden politischen Menschen und denjenigen, die aus „Notwendigkeit" heraus anderswo ein besseres Leben suchen. Es sind in jedem Fall politische Umstände, die die Menschen auf ihre Reise oder auf die Flucht treiben. Und in dieser verhalten sie sich durch ihre Existenzen politisch: Sie akzeptieren die nationalistische Aufteilung und Platzzuweisung nicht und wollen selbst bestimmen, wo sie leben möchten.

Wir wollen keinen pauschalen oder romantisierenden Bezug auf Migration herstellen. Unsere positive Bezugnahme auf Migration als kämpfende Kraft und Bewegung meint in diesem Fall eine Migration, die Bewegungsfreiheit einfordert und Grenzen in Frage stellt. Zentrales Argument hierfür ist, dass wir damit die Perspektive wechseln: Wir versuchen, „von unten" zu denken, aus der Perspektive einer massenhaften Migrationsbewegung, die Bewegungsfreiheit durchsetzt.

Migration hat in der Praxis die Logik der homogenen, deutschen, *weißen* Nation längst unterwandert. Denn Migration entzieht sich durch selbstgewählte Praxis dem Korsett des Staates mit seinem „Volk" und schafft damit das, was wir als staatsantagonistische, radikale Linke wollen: Sie stellt die Herrschaft des Staates über die Gesellschaft in Frage. Als Praxis ist Migration gegen die rassistischen deutschen Gesetze widerständig! Von hier aus und in Solidarität mit genau dieser Migration sollten wir unseren Widerstand gegen Rassismus denken und entwickeln.

Kollektiver Sturm auf die Zäune der spanischen Exklaven Ceuta und Mellia

Konkretisierungen ergänzt. In Haft genommen werden darf weiterhin, wer *„bettelt, der Erwerbsunzucht nachgeht oder als Landstreicher oder Landfahrer umherzieht"*. **1990:** Die mögliche Dauer der Abschiebehaft wird auf 18 Monate ausgedehnt. Ein neue Haftgrund wird eingeführt: *„begründeter Verdacht auf Entzug der Abschiebung"*.

In Solidarität mit migrantisierten Menschen die *weiße* Vorherrschaft beenden

Die Erkenntnisse aus unseren Reflektionen um den sogenannten NSU, aber auch das Verständnis der historischen Dimensionen der Ausländergesetze und Politik dieses Staates führt uns in der heutigen Situation nicht nur zur Solidarität mit den Menschen, die aktuell migrieren. Denn auch wenn die vergangene Migration in der BRD die Idee eines homogenen deutschen „Volkskörpers" längst in der Praxis ausgesetzt hat und Deutschland noch nie „rein *weiß*" war - und diese Projektion alleine schon problematisch ist - lebt der Rassismus in der deutschen Dominanzkultur weiter. Auch dagegen setzen sich migrantisierte Menschen in ihrem Alltag und in unterschiedlichsten Organisierungen zur Wehr.

Relevante Bezugspunkte und Kräfte sind für uns seit Jahren die kurdische Bewegung in Deutschland, die dabei nicht nur gegen Rassismus und Ausgrenzung in der BRD kämpft, sondern eine eigene Exilbewegung aufgebaut hat, die auch aus der BRD heraus den Kampf der kurdischen Freiheitsbewegung weiterführt. Ebenso, wie für uns in den 1990er Jahren die Antifa Gençlik ein relevanter Bezugspunkt war, sind für uns heute migrantische Selbstorganisierungen gegen Rassismus wichtige Bezugspunkte. Dazu gehört z.B. auch die „Initiative 6. April" aus Kassel. Diese kämpft für die Aufarbeitung und das Gedenken an den 2006 vom NSU in Kassel ermordeten Halit Yozgat. Auf verschiedenen Gedenkdemonstrationen der Initiative konnten wir der Familie von Halit Yozgat zuhören. Dass es fruchtbar ist, wenn in Initiativen antifaschistisches Wissen und Know-how mit dem von migrantischen und migrantisierten Menschen zusammen kommt, wurde unserer Ansicht nach am eindrucksvollsten im Tribunal „NSU-Komplex auflösen" seit 2014 deutlich. Das Tribunal hat aus migrantischer, antirassistischer und antifaschistischer Perspektive nicht nur den Prozess gegen einige Neonazis des sogenannten NSU begleitet, sondern auch den gesamtgesellschaftlichen Rassismus zur Anklage gebracht. Das Tribunal hat dabei vor allem Menschen, die von unterschiedlichsten Rassismen betroffen sind, vernetzt und ihre Perspektiven nach vorne gestellt.

Auch die „Initiative 19. Februar", die sich nach den rassistischen Morden in Hanau 2020 durch einen rechten Gesinnungsmörder gründete, ist für uns wichtiger Bezugspunkt. In ihr kämpfen Angehörige der Ermordeten, Überlebende und Unterstützer_innen für die Aufarbeitung, für Gerechtigkeit und gegen den tödlichen Rassismus. Die Initiative 19. Februar kämpft dabei auch dafür, dass nicht nur das Wissen über Täter_innen kursiert. Die Initiative macht sich dafür stark, dass das Wissen und die Erfahrung der von Rassismus Betroffenen, der Überlebenden und der Angehörigen einen zentralen Platz in der gesellschaftlichen Thematisierung der Morde eingeräumt wird. Überall im Land formierten sich seit den Morden neue Gruppen unter dem Namen Migrantifa. Sie organisieren sich und wehren sich gegen den rassistischen deutschen Normalzustand.

Auch in Göttingen entwickeln sich seit wenigen Jahren verstärkte Selbstorganisationen von Menschen mit Rassismuserfahrungen, die für uns wichtige Bezugspunkte darstellen: So sind für uns das BIPoC-Kollektiv, das Flüchtlingscafé, das Roma Center und die „Frauen in Aktion" immer wieder wichtige Zusammenhänge, von deren Veranstaltungen, Redebeiträgen auf Demonstrationen und Kritiken wir in den letzten Jahren eine Menge lernen konnten. Aufgerüttelt durch die zunehmenden Angriffe auf Synagogen suchen wir in Göttingen auch den Austausch mit jüdischen Strukturen und Einzelpersonen. Dabei ist uns bewusst geworden, dass wir diesen Austausch in den letzten 15 Jahren viel zu sehr Antideutschen überlassen haben.

Hanau-Gedenk Demo des BIPoC-Kollektivs zum erster Jahrestag 19.02.2020 in Göttingen
Bild: Links Unten Göttingen

1992: Weitere Haftgründe werden eingeführt: *„unerlaubte Einreise, Wechsel des Aufenthaltsortes, Nichterscheinen zum Abschiebunsgtermin, Entzug der Abschiebung auf ‚sonstige Weise'"*. **1. Juli 1993:** Das Grundrecht auf Asyl wird mit dem Asylkompromiss faktisch abgeschafft. Zahlreiche Länder werden nach und nach zu „sicheren Herkunfts-

Innen, außen, hinter, vor, neben? – Zusammen!

Wir haben exemplarisch beschrieben, welche Organisationen und Akteur_innen für uns im Kampf gegen Rassismus und die Festung Europa zentral sind. Was jedoch kann unsere Rolle als Antifa in diesen Kämpfen sein? Was bedeutet es, als antifaschistische Linke solidarisch zu sein und selbst in Kämpfe gegen Rassismus involviert zu sein? Wer ist kämpfendes Subjekt? Wie kann Unterstützung aussehen? Was bedeutet es aus unterschiedlichen Positionen gegen Rassismus und die Festung Europa anzukämpfen? Wie können wir gemeinsam kämpfen? Wie können wir hinter Menschen stehen, die durch ihre Migration Grenzen in Frage stellen? Wie können wir hinter Menschen stehen, die sich gegen rassistische Übergriffe wehren? Können wir neben ihnen stehen und die Festung gemeinsam attackieren? In welchen Momenten ist es vielleicht auch angebracht, sich vor Leute zu stellen? Klar ist: Wir wollen und können nicht als teilnahmslose Beobachter_innen daneben stehen und warten: Der Kampf gegen Grenzen und eine rassistische Ordnung geht uns alle an!

Welcome-United Demo im Sommer 2017 in Hamburg

Fluchtnetzwerke aufbauen!

Diese Fragen und Perspektiven haben sich in vielen, auch widersprüchlichen, Erfahrungen und Diskussionen für Genoss_innen von uns auf den konkreten Fahrten an die Außengrenzen ergeben. Dazu gehört die unmittelbare Erfahrung jener Genoss_innen, dass der konkrete Schritt, eine Grenze zu überschreiten, nicht die Art von Widerstand ist, die wir mit deutschem Pass selbst praktizieren können. Diesen Schritt vollziehen People on the Move alleine. Gerade bei Protesten und Aktionen an den Außengrenzen gab es von uns und anderen Genoss_innen immer wieder den Wunsch, aus der reinen Rolle der Unterstützer_innen auszubrechen. Es gab den Wunsch, nicht nur hinter, sondern auch Seite an Seite mit People on the Move zu stehen. Wir wollen gemeinsam die Festung Europa angreifen und in Frage stellen. Dass wir uns jedoch in unterschiedlichen Positionen und Situationen befinden, hat zur Folge, dass sich Art und Weise von Widerstand unterscheiden. In Antira-Strukturen haben Genoss_innen dafür seit Jahren Praxen entwickelt: Unterstützende geben sich bspw. die Rolle, für den Grenzübertritt Benötigtes zur Verfügung zu stellen. Wir finden, auch als Antifaschist_innen ist es richtig, denjenigen, die am Ende selbst über die Grenze werden gehen müssen, offen unsere Hand zu reichen. Die Bandbreite dessen was benötigt wird, reicht von einer Suppe im Bauch, über gutes Schuhwerk bis hin zu passenden Werkzeugen. Materialien werden herangeschafft, die Einschätzungen und Forderungen der Leute vor Ort in eigene Kreise weitergetragen, Öffentlichkeitsarbeit gemacht, Gelder und Ressourcen herangeschafft und zur Verfügung gestellt. Es sind zahlreiche Netzwerke entstanden, an denen Genoss_innen von uns partiell teil hatten und haben. In diesen Netzwerken unterstützen manche vor Ort mit Suppe und Bolzenschneidern, während andere ein Supportnetz entlang der Fluchtroute aufbauen.

Für neue Bündnisse

Dieser Blickwinkel auf relevante Akteur_innen im Kampf gegen Rassismus und Neofaschismus bedeutet für uns auch die Infragestellung eines lange Jahre gepflegten Konzepts von Bündnispolitik mit großen Organisationen wie Parteien und Gewerkschaften – die letztlich doch immer auch Institutionen der *weißen* Mehrheitsgesellschaft sind. Als Antifa lassen wir uns immer wieder strategisch auf solche breite gesellschaftliche Bündnisse ein, um z.B. in Protesten gegen Neonazis gesellschaftlich wirksam zu werden und eine radikal linke Perspektive in diese Bündnisse hineinzutragen. Das war schon immer ein Widerspruch für uns, wenn wir z.B. mit sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften, einer Asylgesetze-verschärfenden

ländern“ erklärt. **1997:** Auf europäischer Ebene tritt die Dublin Verordnung in Kraft. Das Land ist für den Asylantrag zuständig, in dem die Person das erste mal registriert wird. Wenn eine Person weiter in ein anderes Land reist, wird sie in das formal zuständige Land abgeschoben. **Ende der 1990er Jahre:** Jährlich werden zwischen 20

SPD oder Kriegseinsätze-mittragenden-Grünen auf der Straße waren. Dieser Widerspruch hat sich für uns in den letzten Jahren aber nochmal verschärft, gerade weil in diesen mehrheitlich *weißen* und deutschen Settings, von denen wir eben auch selbst ein Teil sind, die Perspektiven von People of Color und migrantischen Communities stark unsichtbar gemacht wurden. Es hat etwas paternalistisches, wenn #Wirsindmehr den großen „wir alle gegen Nazis"-Tenor ausruft, die Betroffenen von Rassismus darin aber nicht zentral vorkommen. Für uns war es deshalb in den letzten Jahren wichtig, verstärkt Platz zu schaffen für Perspektiven von Menschen, die Rassismus erleben. Wir haben bei Bündnis-gegen-Rechts-Demonstrationen beispielsweise unsere eigene Rede gestrichen, weil es uns wichtiger war, dass migrantisierte Menschen zu Wort kommen. Es geht uns dabei darum, Stimmen und Perspektiven von Migrant_innen und migrantisierten Menschen in unseren politischen Aktionsfeldern einzubeziehen, und deren Gewicht in der politischen Auseinandersetzung wahrzunehmen.

Dabei müssen wir in dieser Position viel von unseren neuen Bündnispartner_innen lernen und uns selbst mit unserer gesellschaftlichen Machtposition reflektieren. Das führt auch dazu, dass wir in unserem Tun und Reden kritisiert werden und gewohnte Selbstverständlichkeiten in Frage stellen müssen. Wir müssen dabei in diesen neuen Bündnissen auch selber lernen, z.B. dass der Gebrauch der deutschen Sprache nicht immer als normal anzusehen ist. Wir dürfen in diesen Bündnissen nicht im Namen von anderen oder für andere sprechen. Mit marginalisierten Strukturen zusammen zu arbeiten kann auch heißen, Ressourcen zu teilen und an den richtigen Stellen in den Hintergrund zu treten.

Neben diesen strategischen Bündnissen gehen wir nun auch neue Bündnisse ein. Im Rahmen unserer Kampagne „A Women's Voice is a Revolution" haben wir uns mit muslimischen Themen, Feminismus und der Wirksamkeit und der Realität von antimuslimischem Rassismus auseinandergesetzt. Dadurch konnten wir uns migrantisierten Menschen, in diesem Fall feministischen Muslima bzw. Frauen und Transpersonen aus muslimischen Mehrheitsgesellschaften, auf einer inhaltlich viel grundlegenderen Ebene als Gesprächspartner_innen anbieten. Wir haben damit den Rahmen der reinen taktischen Bündnispolitik verlassen. Dies war für uns auch 2016 wichtig, als wir in der Innenstadt Straßenfeste organisierten, zu denen wir explizit Menschen aus den Geflüchtetenunterkünften einluden, um ihre Isolation in den Lagern zu unterbrechen. Wir trafen uns darüber hinaus mit Menschen aus Geflüchteten-Unterkünften, als vergleichbare Unterkünfte in Freital oder Heidenau von FaschistInnen angegriffen wurden. Wir waren an der Mobilisierung zu den antirassistischen Demonstrationen im Gedenken an den von der Polizei ermordeten Oury Jalloh in Dessau beteiligt und fuhren zu den Paraden von We'll Come United in Berlin, Hamburg und Dresden. Wir diskutierten 2020 unsere Perspektiven auf historische Kontinuitäten und aktuelle Bedeutung des 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus, mit dem Göttinger BIPoC-Kollektiv und einer jungen linken Jüdin aus Göttingen in der Radio-Sendung Alerta.

In diesen Bündnissen müssen wir reflektiert mit Machtverhältnissen umgehen. Das heißt auch uns Fragen zu stellen: Wer bekommt eigentlich für welche Aktionen Anerkennung? Wer wird nicht gesehen? Wo reproduzieren wir selber Machtverhältnisse zum Beispiel durch dominantes Redeverhalten und Auftreten? Wen machen wir dadurch unsichtbar?

Black-Lives-Matter Demo des BIPoC-Kollektivs in Göttingen im Juli 2020
Bild: Links Unten Göttingen

000 und 25 000 Betroffene zur Sicherung ihrer Abschiebung in Haft genommen. **2000:** In der BRD wird das Geburtsortprinzip eingeführt. Es legt fest, dass ein in der BRD geborenes Kind, mit Eltern ohne deutscher Staatsbürger_innenschaft nur dann den deutschen Pass bekommt, wenn mindestens ein Elternteil seit mindestens 8 Jahren

Antifaschistisch Verantwortung übernehmen

Täter_innen aus der Deckung holen

Auch wenn wir vor allem zuhören und uns hinter die Menschen stellen wollen, die den politischen Kampf gegen Rassismus aus Notwendigkeit heraus tagtäglich im eigenen Leben führen müssen, wollen wir uns dennoch nicht hinter ihnen verstecken. Wir wollen in den Kämpfen mit einer eigenen Perspektive an ihrer Seite stehen und unserer Verantwortung gerecht werden. Als Antifa in Deutschland müssen wir den Rassismus als Machtstruktur und Ideologie bekämpfen.

Transparent auf der Gedenk-Demo am ersten Jahrestag von Hanau am 19.2.2021
Bild: Links Unten Göttingen

Das begründet sich auch aus der Solidarität mit den Betroffenen von Rassismus, genauso aber aus unserer antifaschistisch-historischen Tiefenperspektive, im Land der TäterInnen antifaschistisch aktiv zu sein. Und eben gegen diese auch aktiv zu bleiben. Denn auch wenn Rassismus zu erfahren eine Perspektive ist, die die meisten von uns selbst nicht teilen, so können wir als Antifaschist_innen doch eine eigene Perspektive auf Rassismus entwickeln. Diese Perspektive und Praxis entwickeln wir genau aus unserer hier beschriebenen politischen Verortung. Wir sind uns bewusst, in der Gesellschaft und gegen den Staat aktiv zu sein, dessen Vorläufer auf den deutschen Faschismus zurück gehen. Wir haben auf den zurückliegenden Seiten das innere Funktionieren der staatlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge beschrieben, die eine rassistische Ordnung hervorbringen und stützen. Wenn wir verstehen, dass diese Ordnung historisch in seine einmalig übersteigerte Form geführt hat, dann können wir uns darin als dissidenter Teil, als Opposition in dieser Ordnung und als Widerstand gegen diese Form der Herrschaft positionieren – und eine Praxis entwickeln, die das rassistische System von innen heraus angreift. Als Antifaschist_innen ist es grundlegender Bestandteil unserer eigenen Verortung, uns als widerständiger Teil einer Gesellschaft zu begreifen. Unsere ganze politische Perspektive geht also davon aus, dass wir in einer strukturell gewaltvollen, autoritären und reaktionären Gesellschaft gegen die Täter_innen vorgehen – die politischen, die ideellen und die ausführenden. Unsere antifaschistische Verortung bedeutet für uns also auch, rassistische Behörden und Strukturen anzugehen und Verantwortliche moralisch zur Verantwortung zu ziehen. Wir müssen also gegen diejenigen vorgehen, von denen dieser Rassismus ausgeht. Denn jede Machtstruktur hat auch Handelnde! Es gibt Verantwortliche für die Gewalt, der migrantisierte Menschen tagtäglich und strukturell ausgesetzt werden und diese Handelnden zur Verantwortung zu ziehen sollte Teil einer antifaschistisch reflektierten, antirassistischen Praxis sein. Täter_innen dürfen auch in ihrer Funktion als Angestellte in staatliche Behörden nicht als Menschen dastehen, die lediglich einen Job wie alle anderen ausführen. Dabei kommen diverse Dilemmata auf: Für wen ist es möglich die Abschiebemaschinierie anzugreifen? Dabei helfen Sicherheiten wie ein Bleiberecht. Wer kann die Repression riskieren? Welche Auswirkungen haben Aktionen auf wen?

Was bedeutet es, eine moralische Perspektive gegen die Täter_innen von Abschiebungen zu setzten? Es muss ein Zustand geschaffen werden, in dem jede rassistische Maßnahme als solche skandalisiert wird und moralisch kritisiert! Niemand darf sich als Schreibtischtäter_in hinter „den Gesetzen" verstecken. Es bedeutet für uns auch, dass die Normalität von Rassismus in der *weißen* Mehrheitsgesellschaft gebrochen werden muss. Staatliches Handeln ist kein „notwendiger, bürokratischer" Vollzug. Schon Hannah Arendt sagte: „Niemand hat das Recht zu gehorchen!". Da der Staat in seinen Maßnahmen dabei für uns eine besondere Rolle spielt, ist es eine konkrete Praxis, mit dieser Perspektive auch genau an diesen staatlichen Maßnahmen anzusetzen.

seinen *„rechmäßigen und gewöhnlichen"* Aufenthaltsort in der BRD hat und zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung hat. **2005:** Zum ersten mal weicht der deutsche Staat in der Vergabe der Staatsangehörigkeit vom Blutsprinzip ab. Erstmalig wird es möglich, die deutsche Staatsangehörigkeit nicht nur

Simone Veil, jüdische Überlebende und Präsidentin des Europaparlaments, bei einer Kundgebung von Sintizz_e und Rom_nja an der Gedenkstätte Bergen-Belsen 27.10.1979

durch Verwandtschaft zu erlangen. Die Abschiebehaft für „terroristische Straftäter_innen" wird eingeführt. **2014:** Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass Strafgefangene und Abschiebegefangene nicht zusammen inhaftiert werden dürfen. Deutschland verstößt dagegen. Nach dem Urteil kommt es zu vielen Entlassungen. Bundesweit

Wenn „Service“ nicht auf Gegenliebe stößt

Wer hätte das gedacht? Während dem schrillsten Hassprediger in den USA die Lautsprecher abgedreht werden, spukt der Geist des Donald Trump zwischen Aller und Leine umher. Es raunt zwischen Schützenfestzelten, Schweineschlachthöfen und Hühnermastställen: die kriminelle Antifa verbieten! Boris Pistorius, niedersächsischer Innenminister, griff den Fingerzeig des Bund deutscher Kriminalbeamter auf. Die HAZ konnte am 15.1.2021 zwitschern „Kommt ein Verbot von linksradikalen Antifa-Gruppierungen in Niedersachsen?“ Tragödie, Farce, Vor-Wahlkampf? Was war passiert?

Am 25.11.2019 verübten Unbekannte einen nächtlichen Brandanschlag auf die Göttinger Ausländerbehörde. Für drei Wochen musste die Behörde schließen und aus hübscher Altbaulage in ein tristes Funktionsgebäude am Stadtrand umziehen. Besonders zugesetzt hat den Schreibtischtäter_innen und den politisch Verantwortlichen vor allem aber die an ihre persönliche Verantwortung appellierende Ansprache in einem Bekenner_innenschreiben. Darin heißt es: „Hört auf, Menschen rassistisch und respektlos zu behandeln. Sonst hat das Konsequenzen! Kündigt lieber eure Jobs!“ (GT, 26.11.2019). Seither kennen die Extremisten der Mitte kein Maß mehr und verlieren jeden Bezug zur Realität: Göttingens Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler verglich die Tat mit Brandanschlägen gegen Geflüchtetenunterkünfte. Obwohl tatsächlich kein Mensch verletzt oder gefährdet wurde, behauptete er, es seien „ganz bewusst Menschenleben riskiert (worden)“. Joachim Rogge, Leiter der Göttinger Ausländerbehörde, wusste von „blanker Angst, Kummer, Leid und Tränen“ zu berichten. Seither gehört es bis in die Partei Die Linke hinein zum guten Ton, sich Verständnislos zu zeigen und engagiert zu distanzieren. Auch ein Jahr später erträgt man es in dieser empfindsamen Stadtgesellschaft nicht, dass Kunst im öffentlichen Raum die EU-Flüchtlingspolitik kritisiert und bildhaft eine Verbindung zum Neuen Rathaus zieht: „Kommt Zeit, kommt Rat, kommt (Farb-) Anschlag,“ titelt ein Graffiti seit Dezember 2020 am Parkplatz Mühlengraben. „Gewalt gegen Sachen“ beharrt der Oberbürgermeister in einer Ratssitzung am 12.2.2021. „Staatsschutz ermittelt!“ meldet die Polizei-Pressestelle. Nun ist es unbestritten, dass im geltenden Strafgesetzbuch untersagt wird, Feuer an Gebäude zu legen oder Sachen zu beschädigen. Als legal und öffentlich agierende politische Initiative beharren wir aber darauf, Herz und Verstand nicht an der Supermarktkasse oder Wahlurne abzugeben. Am 9.4.2020 äußerten wir uns gemeinsam mit anderen linken Stadtgruppen zum städtischen Diskurs: „(…) gegen die in der Debatte vorherrschende Selbstinszenierung der Ausländerbehörden als ‚Service-Behörde‘ und gegen die Gleichsetzung des Brandanschlages mit dem faschistischen Terror mordender Neonazis“.

Und dann das. In der Nacht vom 8. auf den 9.1.2021 brannten auf dem Gelände der Landesaufnahmebehörde (LAB) in Braunschweig zehn Transportfahrzeuge und ein Anhänger im Wert von einer halbe Millionen Euro ab. In einem Schreiben vom 9.1.2021 begründeten die Bekenner_innen ihre Aktion als einen „praktischen Beitrag, um die Abläufe im menschenverachtenden Abschiebesystem wirksam zu behindern“ (taz, 23.1.2021). „Wenn jemand sagt, er sei antifaschistisch unterwegs, hat er meine volle Unterstützung und Solidarität. Wenn aber jemand unter diesem Deckmantel Straftaten begeht oder öffentliches Eigentum zerstört, dann ist das kein Kampf gegen den Faschismus, sondern ein Kampf gegen einen demokratischen Rechtsstaat. Und dagegen werden wir uns selbstverständlich mit allen rechtsstaatlichen Mitteln wehren,“ erklärt hingegen Boris Pistorius in der HNA vom 19.2.2021. Nun sprechen zahlreiche historische Erfahrungen wie auch Beobachtungen in der Gegenwart dagegen, die Form und den Inhalt antifaschistischen Widerstands vom Urteil eines deutschen Innenministers abhängig zu machen. Wo kämen wir da hin?! Doch auch der Verweis auf „mit allen rechtsstaatlichen Mitteln wehren“ wirft Fragen auf. Pistorius, hervorgegangen aus einer Schröder-SPD-Kultur des „Basta“, hat sich in den Jahren seiner Amtszeit seit 2013 wiederholt durch „Abschiebungsanordnungen“ gegen sogenannte „islamistische Gefährder“ öffentlich in Szene ge-

sind gegenwärtig noch immer ca. 1000 Menschen in Abschiebehaft. **2015:** Albanien, Montenegro und Kosovo werden von der Bundesregierung zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt. Viele seit Jahrzehnten in Deutschland lebende oder in Deutschland geborene Rom_nja werden abgeschoben. Die Dublin-Haft und der Ausreisegewahrsam

setzt. Parlamente und Gerichte haben diese Politik des „kriminelle Ausländer raus, und zwar schnell“ (Gerhard Schröder, 1997) mehrfach in Frage gestellt. Und da auch „ein Verbot der kriminellen Antifa“ in organisatorischer Bestimmung, juristischem Bestand und innerparteilichem Rückhalt fragwürdig ist, verlegte Pistorius seine rechtspopulistische Attacke auf ein Feld, mit dem schon sein Parteikollege, Bundesfinanzminister und „Polizeigewalt hat es nicht gegeben“ Olaf Scholz „gute Erfahrung“ gemacht hat: gemeinnützigen Vereinen solle die öffentliche Förderung erschwert werden (welt.de, 24.1.2021).

Wir sind so frei und stellen fest: der Raum für Protest und zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rassismus, die Festung Europa und Abschiebungen wird in den letzten Jahren enger. „Einen blutigen Füller überreichen“, „einen Fuß in die Tür stellen“, „den Treppenaufgang eines Wohnhauses versperren“ oder „Menschen aus Seenot retten“ werden vom Staat mit Strafen und Gewalt überzogen. Direkte Aktionen, egal ob ein Oberbürgermeister sie wortreich verurteilt oder wir klammheimliche Freude empfinden, finden statt. Die Objekte von Entrechtung und Internierung in den Camps der EU-Außengrenzen beispielsweise legen Brände und machen sich dadurch zu Subjekten ihres eigenen Daseins. So in Harmanli (Bulgarien) am 24.11.2016, in Vial (Chios/Griechenland) am 19.4.2020, in Lipa (Bosnien) am 23.12.2020 und in Moria (Lesbos/Griechenland) am 8.9.2020. Wir bestehen darauf, diese Formen der Widerständigkeit in ihrem historischen und gesellschaftspolitischen Kontext diskutieren zu können. Für eine radikale Linke bestehen bei der Beurteilung von direkten Aktionen besondere ethische, konzeptionelle und methodologische Anforderungen. In unserem Faltblatt aus dem Januar 2012 unter dem Titel „Schünemänner, Staatsschützer, Schnüffelhunde – Schluss damit! Linke Politik verteidigen!“, setzten wir uns beispielswiese kritisch mit dem Brand in einer Teeküche der Göttinger Kreisverwaltung am 27.1.2020 auseinander: „(…) In den Medien der radikalen Linken wird seit jeher ausgiebig über linke Militanz diskutiert. In den letzten Jahren findet in den Zeitschriften interim und radikal eine regelrechte Militanz-Debatte statt. Für linke Gruppen, die zum Angriff gegen den Staat und das Kapital übergehen, sind diese Debatten wichtige Orientierungspunkte. Zu den zentralen Aussagen dieser Diskussionen zählt demnach, dass der Unversehrtheit und dem Leben von Menschen ein hoher Wert beigemessen wird. Nach gegenwärtigem Diskussionsstand wird auch das Leben von ausgemachten GegnerInnen nicht in Frage gestellt. Es ist kein Zufall, dass seit vielen Jahren weder Neonazis, noch Abschieberichter oder Menschenjäger um ihre Leben fürchten mussten. Die Gesundheit von unbeteiligten Menschen darf innerhalb dieser Ethik unter keinen Umständen gefährdet werden. Ein anderer Bezugspunkt innerhalb dieser Militanz-Debatten ist die Vermittelbarkeit. Auch unbeteiligten Menschen sollte sich demnach erschließen können, warum und mit welchen Mitteln ein bestimmtes Ziel angegriffen wurde. In der Regel gehört dazu die Kommentierung durch ein ausführliches BekennerInnenschreiben. Durch solch ein Schreiben würde genau erläutert, was für ein Anschlag durchgeführt wurde und welche politische Botschaft damit vermittelt werden sollte (…)“.

Kaputt: Amtshaus nach dem Brand im November 2019.
Bild: Links Unten Göttingen

werden eingeführt. Inhaftierung von 10 Tagen ohne Haftgrund wird ermöglicht. Es befinden sich zur Zeit ca. 5000 Menschen bundesweit in Abschiebehaft. **2016:** Die Bundesregierung will Algerien, Tunesien, Marokko und Georgien zu sicheren Herkunftsstaaten erklären. Der Bundesrat blockiert diese Entscheidung. Die Bundesregierung

Abschiebungen verhindern

Wie haben sich die Bedingungen für eine antirassistische Politik in den letzten Jahren für uns entwickelt? Im langen Sommer der Migration war ein solcher Anknüpfungspunkt an Migration als widerständiger Praxis unmittelbar naheliegend. Nicht nur in Deutschland hat sich eine riesige Solidaritätsbewegung entwickelt: Willkommensinitiativen, „Refugees Welcome"-Demonstrationen und unzählige freiwillige Helfende. Auch auf der Route, entlang der offenen oder nur teilweise offenen Grenzen haben sich spontan Solidaritätsstrukturen entwickelt. Unzählige Soliküchen, Infopoints und andere Migrationsunterstützung schossen 2015 und 2016 einfach aus dem Boden. Auch wenn vieles gleichzeitig einem europäisch-paternalistischem, vom Humanitarismus geleiteten und am Ende leider doch wieder staatlich kontrolliertem Imperativ von „Hilfe" entsprochen haben mag: Soviel Solidarität haben wir selten erlebt und so sehr war die Festung Europa und damit die postkolonialistische Herrschaftsordnung noch nie ins Wanken geraten. Viele Strukturen, die damals entstanden sind, wirken bis heute und halten die solidarische Gesellschaft am Laufen.

Aktivist_innen verhindern eine Abschiebung am 28.5.2015 im Göttinger Königsstieg
Bild: Links Unten Göttingen

Auch wenn viele solidarische Strukturen noch immer aktiv sind, haben sich die Bedingungen für antirassistische und antifaschistische Politik hinsichtlich der Wirksamkeit von Skandalisierungen verändert. Wir haben in den letzten Jahren die größten Demonstrationen in der BRD seit langem erlebt. Dazu gehören die „We' ll Come United" Demos gegen Abschiebungen, gegen Rassismus und für offene Grenzen mit über 30 000 Teilnehmenden. Dazu gehören auch die vielen Seebrücken-Demonstrationen, die großen Demonstrationen gegen Verschärfungen an den Außengrenzen im Frühjahr 2020, sehr große Solidaritätsdemonstrationen nach den Morden in Hanau oder die riesigen Black-Lives-Matter-Demos im Jahr 2020. Aber auch wenn Menschen empört auf die Straße gehen und das Sterben im Mittelmeer und den deutschen Rassismus anprangern, reicht diese Empörung und diese diskursive Mobilisierung in der aktuellen Hegemonie rechter Kräfte nicht aus, um den Herrschenden und dem normalisierten, brutalen Rassismus auf den Straßen und im Parlament effektiv entgegenzutreten.

Neben den großen Demonstrationen der letzten Jahre gibt es eine langjährige widerständige Praxis einer antirassistischen Bewegung, die nicht erst mit dem „langen Sommer der Migration" anfängt und auch nicht mit ihm zu Ende ist. Noch 2014 wurden in Niedersachsen zahlreiche Abschiebungen von den Betroffenen selbst, ihrem Umfeld oder von solidarischen Menschen verhindert, blockiert oder anderweitig abgebrochen. Auch der Kampf um Bleiberecht und andere Rechte von Geflüchteten war zu diesem Zeitpunkt auf dem Vormarsch: Die Residenzpflicht, also die gesetzliche Auflage, dass geflüchtete Menschen in ihrem Asylverfahren die Kommune, die ihnen als Wohnort zugewiesen wurde, nicht verlassen dürfen, war quasi abgeschafft. Es wurden Modelle zur medizinischen Versorgung für alle erstritten. In Göttingen stand die Stadt so sehr unter Druck, dass sie sich praktisch nicht mehr getraut hat, Menschen in Lagern unterzubringen. Das Gutscheinsystem, also die Bereitstellung von Sozialleistungen an Geflüchtete durch Sachgutscheine anstatt Bargeld, konnte abgeschafft werden. Aber all diese Errungenschaften hat der repressive Rückschlag nach 2015 wieder kassiert.

Auch der Widerstand gegen Abschiebungen ist schwieriger geworden. Die damalige rot-grüne Landesregierung unter Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) hatte sich aus humanitären Gründen auf die Fahnen geschrieben, Abschiebungen nicht mehr nachts und nur noch angekündigt stattfinden zu lassen. Antirassistische Aktivist_innen nahmen das zum Anlass, Humanität anders als der Staat zu verstehen und die angekündigten Abschiebungen zu blockieren und zu verhindern. Inzwischen fin-

erlässt ein Gesetz, nach dem *„straffällig gewordene Ausländer"* schneller abgeschoben werden können. Zuvor gilt bereits, dass abgeschoben werden kann, wessen Bleiberecht niedriger bewertet wird, als das sogenannte öffentliche Interesse. **2017:** In den beiden Jahren 2017 und 2018 werden jeweils knapp 24 000 Menschen abgeschoben. In den

den Abschiebungen jedoch wieder unangekündigt statt.
Dennoch gibt es noch immer entschlossenen Widerstand gegen Abschiebungen, von dem wir uns sicher sind, dass dieser Widerstand auch unter schlechteren Bedingungen nicht weniger werden wird: In Göttingen konnte am 14. Oktober 2019 eine Familie dem nächtlichen Überfall von Rambo-Polizisten entgehen, indem sie verschiedene Türen aus ihrer Wohnung ausbauten und sich mit diesen in ihrer Wohnung verschanzten, bis die Abschiebung abgebrochen werden musste. In Nürnberg blockierten im Mai 2017 zahlreiche Schüler_innen mit Sitzblockaden über Stunden die Abschiebung eines Mitschülers. In Berlin wurde im Dezember 2012 das leerstehende Gebäude der Gerhard-Hauptmann-Schule besetzt. Darin organisierten sich Menschen mit prekären Aufenthaltsstatussen und widersetzten sich sechs Jahre lang dem staatlichen Zugriff.
Auch historisch gibt es zahlreiche Beispiele für entschlossenen Widerstand: Im Jahr 1989 besetzen von Abschiebung bedrohte Romn_ja mehrfach die KZ-Gedenkstätte Neuengamme und traten in den Hungerstreik, um für Bleiberecht zu kämpfen. Im Mai 1993 besetzen Rom_nja die KZ-Gedenkstätte Dachau und ließen ein Transparent von der dortigen Versöhnungskirche hinab mit den Worten „Die Seelen der von den Nationalsozialisten in Dachau ermordeten Roma werden erst dann Ruhe finden, wenn ihre Nachkommen hier in Deutschland ihr Lebensrecht finden!". 2016 besetzen 60 Rom_nja das Denkmal für die im deutschen Faschismus ermordeten Sinti_zze und Rom_nja in Berlin, um gegen Abschiebungen zu protestieren. Abschiebungen müssen verhindert werden, und dieser Zustand muss erkämpft werden.

Solidarität organisieren – Menschen verstecken

Andere Möglichkeiten, gegen Abschiebungen Widerstand zu leisten, sehen wir in Initiativen, die weniger aktionistisch, sondern substantiell, versuchen Menschen dabei zu unterstützen, der Abschiebung zu entgehen. In diesem Staat müssen sich Menschen vor Abschiebungen verstecken. Es ist moralisch und politisch richtig, ihnen das zu ermöglichen, ihnen einen Rückzugsort zu bieten und sie im Versteck zu unterstützen: ob im Kirchenasyl, bei Freund_innen oder einfach, weil jemand bei sich zu Hause noch Platz hat. Diese Form des Widerstands braucht Durchhaltevermögen und robuste Strukturen. Dabei gilt es, Menschen in ihrem Widerstand mit ihrem ganzen Lebensalltag zu unterstützen. Die Fristen für sogenannte Dublin-Abschiebungen sind auf bis zu eineinhalb Jahre verlängert. So haben illegalisierte Menschen teilweise keinen Zugang zu den grundlegendsten Bedarfen des Alltags wie Geld oder medizinischer Versorgung. Hier braucht es weiter selbstbestimmte und selbstorganisierte Strukturen, die jenseits der staatlich-rassistischen Kontrolle das Verstecken ermöglichen. Netzwerke wie Solidarity City oder das Bürger_innenasyl bieten hier die richtigen Ausgangspunkte.

Transparent bei einer Kundgebung nach einer verhinderten Abschiebung am 14.10.2019
Bild: Links Unten Göttingen

Solidarity City ist ein Netzwerk, das auf den Beschluss der Stadt Toronto von 2013 zurück geht. Die Stadt hat entschieden, ein lokales Bleiberecht jenseits der nationalen Bestimmungen zu verwirklichen, indem die Polizei angewiesen wurde, niemanden mehr auf den Aufenthaltsstatus zu kontrollieren und die nötige Infrastruktur für illegalisierte Menschen selbst zur Verfügung zu stellen. Das Solidarity City Netzwerk will vor allem durch den Aufbau solcher Infrastruktur die nationalstaatliche Kontrolle über Geflüchtete verhindern und Menschen ein de facto Bleiberecht ermöglichen. Ähnlich funktioniert das Bürger_innenasyl, in dem Einzelpersonen sich in einem Netzwerk bereit erklären, Menschen, die von Abschiebungen bedroht sind, bei sich aufzunehmen. Diese Form von Widerständigkeit findet also nicht in abstrakten politischen Debatten oder auf großen Demonstrationen statt, sondern konkret und im Kleinen.

Jahren davor waren es jährlich um die 10 000 Menschen. Mit den neuen Polizeigesetzen wird die Kategorie „Gefährder" eingeführt. In Haft genommen werden kann nun, von wem eine „drohende Gefahr" ausgehinge. **2018:** In Bayern werden sogenannte Ankerzentren eingeführt. Menschen werden nach „Bleibeperspektiven" sortiert. Sie

Kein Vergeben, kein Vergessen: Rechte Gesinnungsmörder stoppen und Rassismus bekämpfen

Wir dürfen aber auch nicht vergessen, dass sich Rassismus nicht nur in nüchtern-bürokratischer – wenn auch brutaler – staatlicher Kontrollpolitik erschöpft. Wir wollen hier am Ende noch einmal auf die offene, brutale Gewalt auf der Straße zurückkommen. People of Color und Geflüchtete sind leider auch ganz direkt mit rassistischer Gewalt in dieser Gesellschaft, durch Neonazis und Alltagsrassist_Innen, konfrontiert. 2015/16 und die Jahre davor und danach haben sich viele antifaschistische Gruppen damit befasst, wie wir uns auf das nächste, drohende Pogrom vorbereiten – ob in Heidenau, Freital oder Chemnitz – oder wie wir den rassistischen Brandanschlag auf die Unterkunft von Geflüchteten bei uns vor der Tür verhindern. Seit 2019 müssen wir sehen, dass inzwischen jede Moschee und jede Synagoge, jede Shishabar, jeder Dönerimbiss ein potentielles Angriffsziel von rassistischen und antisemitischen Mördern sein kann. Damit stoßen wir so, wie die antifaschistische Linke gerade aufgestellt ist, an Grenzen. In der Auseinandersetzung mit unmittelbarer rassistischer Gewalt braucht es also neue Ansätze, Kontakte und gemeinsame Diskussionen. Wir haben bereits 2015 versucht den Ansatz zu verfolgen, uns nicht als *weiße* Deutsche einfach „schützend" vor Geflüchtete und People of Color zu stellen, sondern in den Austausch zu treten. Wichtig ist uns, den Betroffenen oder den Adressat_innen von rassistischer Gewalt zu begegnen und sie in ihrem eigenen Widerstand gegen die rassistische Gewalt zu unterstützen.

Wichtig ist uns dabei aber auch innerhalb der antifaschistischen Bewegung eine Debatte über diese neue Form der Morde anzustoßen, die von Menschen begangen werden, die klassische Antifa Strukturen nicht auf dem Schirm haben. Diese Leute gehören nicht in die uns bekannte Neonazi Szene, sondern können auch jenseits von organisierten Strukturen zu Mördern werden. Die Gründe dafür, dass die Antifa diese Täter bisher nicht auf dem Schirm hat, sind darüber hinaus vielfältig: Sie hängen unter anderem mit dem fehlenden Wissen zusammen, dass wir als mehrheitlich *weiße* Gruppen über rassistische Täter_innen nicht haben. Uns fehlt aber auch eine analytische Feindbestimmung. Erste Diskussionsansätze und auch Versuche einer Bestimmung dieses neuen Phänomens an Tätern haben wir mit unserem Text zu rechten Gesinnungsmördern anzustoßen versucht. Es steht auch eine Debatte an, wie wir damit praktisch umgehen. An dieser Stelle wollen wir damit hier am Ende noch einmal auf den Anfang zurückkommen: Wenn wir den Initiativen, die sich rund um die Tatorte des NSU-Komplexes, aber auch nach dem Anschlag in Hanau gegründet haben und all den sich neu gegründeten Migrantifa Strukturen zuhören, so wissen wir: Der gesamtgesellschaftliche Rassismus ist genauso ein Problem wie die mordenden Neonazis und rechten Gesinnungsmörder. Mehr noch: der gesamtgesellschaftliche Rassismus legt den mordenden Neonazis und rechten Gesinnungsmördern die Waffe in die Hand. In diesem Sinne müssen wir mordende Neonazis und rechte Gesinnungsmörder und den gesamtgesellschaftlichen Rassismus bekämpfen: in den Köpfen, in den Institutionen, im Alltag, in den Gesetzen und an den Grenzen.

Gedenken an die Ermordeten von Hanau am ersten Jahrestag, 19.02.2021 Göttingen
Bild: Links Unten Göttingen

müssen für die ganze Dauer ihres Asylverfahrens in Ankerzentren und Erstaufnahmeeinrichtung bleiben. Dieses Modell wird unter anderem Namen auf andere Bundesländer übertragen. **Seit 2019:** Bereits bestehende Abschiebegefängnisse werden ausgebaut und neue dazu gebaut.

People on the Move bei einer Schienenblockade in Ideomeni am 28.2.2016

Wie wir in dieser Broschüre also in zahlreichen, langen Ausführungen beschrieben haben, müssen wir uns auch als Antifa dem zentral gewordenen Rassismus stellen. Wir wollen in Solidarität mit migrantischen und migrantisierten Menschen kämpfen, aber auch eigene Verantwortung übernehmen und den Rassismus angreifen. In diesem Sinne:

- Abschiebungen verhindern!
- Schreibtischtäter_innen zur Verantwortung ziehen!
- Solidaritätsnetzwerke aufbauen von Deutschland bis zur Außengrenze und zu den kämpfenden Bewegungen der Welt!
- neue Bündnisse schmieden!
- den gesamtgesellschaftlichen Rassismus bekämpfen!

Los geht's – es bleibt viel zu tun!

Weitere Informationen

Gruppen:

Initiative 9. Oktober, Halle
Initiative 19. Februar, Hanau
Initiative 6. April, Kassel
Initiative zum Gedenken an Oury Jalloh
Tribunal NSU-Komplex auflösen
BIPoC-Kollektiv Göttingen
Roma Center Göttingen
Flüchtlingscafé Göttingen
Frauen in Aktion Göttingen
Jüdische Hochschulgruppe Göttingen

Broschüren und Bücher:

„Wir klagen an“ Anklage des Tribunals NSU-Komplex auflösen
Susan Arndt und Nadia Ofuatey-Alazard: Wie Rassismus aus Wörtern spricht: (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk.
Hinterland Magazin #41: 100 Jahre Abschiebehaft
Miltiadis Oulios: Blackbox Abschiebung. Geschichte, Theorie und Praxis der deutschen Migrationspolitik.
Zygmunt Bauman: Die Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust.
Hannah Arendt: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen.
Broschüre: Solidarität muss praktisch werden. Unterstützung von illegalisierten Menschen solidaritaetorganisieren.noblogs.org
Ausstellung yallah!? Über die Balkanroute yallah-balkanroute.eu
Alexopoulou: Deutschland und die Migration. Geschichte einer Einwanderungsgesellschaft wider Willen
Asef Bayat: Leben als Politik. Wie ganz normale Leute den nahen Osten verändern

Weiteres von uns zum Thema:

Rechte Gesinnungsmörder 2021
A Womenś Voice is a Revolution 2016
Fight Sexism and Racism 2008

Antifaschist_innen auf der Gedenk-Demonstration zum ersten Jahrestag der Morde in Hanau, Göttingen 19.2.2021
Bild: Links Unten Göttingen

12.8.2016: Platzbesetzung gegen Neonazis mit Brandschutt einer angezündeten Geflüchtetenunterkunft

5.11.2016: Besetzung des ehemaligen DGB-Hauses und Gründung der OM10 mit Geflüchteten und Aktivist_innen

Bilder auf dem Umschlag:

Alle Bilder auf dem Cover und der Rückseite dieser Broschüre sind Ende Februar und Anfang März 2016 in Idomeni entstanden. Mehr als 10.000 People on the Move harrten monatelang vor dem Grenzzaun zwischen Griechenland und Mazedonien aus und versuchten als Bewegung wieder die Öffnung des Korridors für ihre Weiterreise zu erzwingen. Es war ein Wendepunkt im „Langen Sommer der Migration".

Im Hintergrund ist das Gebäude der Stadtverwaltung Göttingens zu sehen. Dadurch soll die lokale Bürokratie und eine globale Bewegung der Migration in Beziehung und Kontrast zueinander gesetzt werden.

www.inventati.org/ali